

Holger Nehring

Die Proteste gegen Atomwaffen in der Bundesrepublik und Großbritannien, 1957–1964 – ein Vergleich zweier sozialer Bewegungen

Einleitung

Die langen sechziger Jahre in der Bundesrepublik Deutschland und in Großbritannien, etwa 1957 beginnend und Anfang der siebziger Jahre endend, gelten als ‚Zeitenwende‘.¹ Sie werden interpretiert als Phase des rasanten gesellschaftlichen Wandels und technischer Modernisierung, als Phase der Modernisierung von Lebensweisen und Lebensnormen und der verstärkten Partizipation im politischen Prozess.² Schon Ende der fünfziger Jahre sprachen zeitgenössische Soziologen wie Helmut Schelsky mit Bezug auf die Sozialstruktur von einer „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“, welche die überkommene, durch Klassen geprägte Sozialstruktur aufgelöst habe. In Großbritannien war von einer „affluent society“ die Rede. Zunehmend wurde die Erosion traditioneller Milieus diagnostiziert.³

Die Proteste gegen Atomwaffen in beiden Ländern, die im Jahre 1957 erstmals eine feste organisatorische Gestalt gewannen und sich dann zu Protestbewegungen ausweiteten, werden in der historischen und sozialwissenschaftlichen Literatur oft in einen direkten Zusammenhang mit diesen gesellschaftlichen und sozialstrukturellen Veränderungen gebracht.⁴ Sie werden entweder als Korrelat dieser strukturellen Transformationsprozesse in

- 1 Klaus Hildebrand: Von Erhard zur Großen Koalition: 1963–1969, Stuttgart/Wiesbaden 1987, S. 445.
- 2 Vgl. dazu Klaus Schönhoven: Aufbruch in die sozialliberale Ära. Zur Bedeutung der sechziger Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik, in: Geschichte und Gesellschaft, 25 (1999), S. 123–145; Axel Schildt: Materieller Wohlstand – pragmatische Politik – kulturelle Umbrüche. Die sechziger Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik, in: ders. u.a. (Hg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000, S. 21–53 sowie Ulrich Herbert (Hg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980, Göttingen 2002. Für Großbritannien vgl. Vernon Bogdanor/Robert Skidelsky (Hg.): The Age of Affluence 1951–1964, London 1970. Vergleichend: Arthur Marwick: The Sixties. Cultural Revolution in Britain, France, Italy, and the United States, c. 1958 – c. 1974, Oxford 1998.
- 3 Vgl. dazu Josef Mooser: Arbeiter, Angestellte und Frauen in der ‚nivellierten Mittelstandsgesellschaft‘, in: A. Schildt/A. Sywottek (Hg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der fünfziger Jahre, Bonn 1993, S. 362–376; Karl Rohe: Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1992, S. 164–191. Für die Arbeiterschaft vgl. Josef Mooser: Arbeiterleben in Deutschland 1900–1970, Frankfurt am Main 1984, S. 179–223. Für die sozialwissenschaftlichen Debatten: Paul Nolte: Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert, München 2000. Für Großbritannien vgl. die entsprechenden Passagen in Kenneth O. Morgan: The People’s Peace. British History 1945–1989, Oxford 1990 sowie die Ausblicke in Ross McKibbin: Classes and Cultures. England 1918–1951, Oxford 1998.
- 4 Vgl. dazu Karl A. Otto: Vom Ostermarsch zur APO. Geschichte der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik 1960–1970, Frankfurt am Main 1970; Richard Taylor: Against the Bomb. The British Peace Movement 1958–1965, Oxford 1988.

modernen Industriegesellschaften und den daraus erwachsenden Konfliktlagen analysiert.⁵ Oder man hat sie sogar als eine der Kräfte herausgehoben, welche diesen Wandlungsprozess vorangetrieben und wesentlich bestimmt haben.⁶ Oft wurden dabei Interpretationsmuster in die wissenschaftliche Diskussion übernommen, welche aus den Bewegungen selbst stammen.⁷ Sie dienten dort der Versicherung einer gemeinsamen Identität gegenüber einer oft als feindlich wahrgenommenen Umwelt.⁸ Weil sich Historiker und Sozialwissenschaftler vor allem auf die Ergebnisse des Wandlungsprozesses und auf den Übergangscharakter des Jahrzehnts konzentrierten, gerieten allerdings seine Wurzeln aus dem Blickfeld.

Durch den Blick auf die beiden bedeutendsten Protestbewegungen gegen Atomwaffen im Übergang von den fünfziger zu den sechziger Jahren möchte dieser Artikel erstens eine historisch-konkrete Analyse sozialer Bewegungen in zwei westeuropäischen Gesellschaften in einer Phase rasanten gesellschaftlichen Wandels vorlegen und dadurch zweitens dazu beitragen, den Charakter dieses gesellschaftlichen Wandels besser zu verstehen. Es soll gezeigt werden, dass die Verbindung zwischen Sozialstruktur, gesellschaftlicher Entwicklung und sozialer Bewegung nicht so geradlinig verlief, wie das in der historischen und sozialwissenschaftlichen Forschung oft angenommen wurde. Erfahrung und gesellschaftlicher Wandel waren nicht direkt aufeinander bezogen.⁹ Vielmehr eigneten sich die Akteure in der Praxis der Bewegungen bestimmte Bestände aus den jeweiligen Protesttraditionen aktiv an und belegten sie mit einer ganz eigenen Bedeutung. Es handelte sich also in beiden Ländern um einen Prozess, in dem sich säkularer gesellschaftlicher Wandel mit bestimmten politischen und sozialen Traditionen auf ganz eigene Weise miteinander verbanden. Die Bewegungen gegen Atomwaffen in beiden Ländern griffen sehr viel stärker auf gesellschaftliche Traditionsbestände zurück, als dies bisher von der Forschung berücksichtigt wurde. In der Kombination der verschiedenen Elemente, welche durch die beginnende Erosion gesellschaftlicher Milieus ermöglicht wurde, lag das eigentlich Neue an den Bewegungen. Der Blick auf die britischen und westdeutschen Proteste soll dazu dienen, die Komponenten dieses Übergangs sozialge-

5 Dies wird besonders deutlich in Parkins soziologischer Studie zur britischen *Campaign for Nuclear Disarmament*. Frank Parkin: *Middle Class Radicalism. The Social Bases of the British Campaign for Nuclear Disarmament*, Manchester 1968.

6 Vgl. dazu Andreas Buro: *Zwischen sozial-liberalem Verfall und konservativer Herrschaft. Zur Situation der Friedens- und Protestbewegung in dieser Zeit*, Offenbach 1982 sowie Wolfram Wette: *Von der Anti-Atombewegung zur Friedensbewegung*, in: M. Salewski (Hg.): *Das Nukleare Jahrhundert*, Stuttgart 1998, S. 174–187.

7 Dies wird in den Arbeiten von Buro und Wette zur Bundesrepublik besonders deutlich.

8 Diese Debatten innerhalb der Bewegungen sind der Gegenstand meiner Dissertation. Das vorliegende Diskussionspapier beschränkt sich dagegen auf einige systematische Aspekte des Vergleichs.

9 Dazu anregend: Gareth Stedman Jones: *Languages of Class. Studies in English Working Class History*, Cambridge 1983 sowie Thomas Welskopp: *Klasse als Befindlichkeit? Vergleichende Arbeitergeschichte vor der kulturhistorischen Herausforderung*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 38 (1998), S. 301–336 und ders.: *Das Banner der Brüderlichkeit. Die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz zum Sozialistengesetz*, Bonn 2000.

schichtlich zu bestimmen.¹⁰ Aufgrund der Quellenlage richtet sich der Blick dabei sehr stark auf die Organisationselite beider Bewegungen.

Zunächst sollen einige Ansätze zur Analyse sozialer Bewegungen kurz vorgestellt werden. Sodann werden die Entstehungsbedingungen der Proteste kurz geschildert. Schließlich werden ausgewählte Elemente der bundesdeutschen und britischen Proteste miteinander verglichen.

Zum Begriff der „sozialen Bewegung“

Eine Möglichkeit, gesellschaftlichen Strukturwandel und Proteste miteinander zu verbinden, bietet das sozialwissenschaftliche Konzept der „sozialen Bewegung“. Mit ihm lassen sich sehr heterogene und lose organisierte außerparlamentarische Proteste analytisch erfassen. Gleichzeitig enthält es jedoch problematische Grundannahmen über den Zusammenhang von gesellschaftlichem Wandel und Protestbewegungen, die einer kritischen Auseinandersetzung bedürfen. Diese sollen im Folgenden kurz erläutert und in den folgenden Kapiteln überprüft und erweitert werden.

Der Begriff „soziale Bewegung“ war zunächst auf die Arbeiterbewegung bezogen¹¹, erfuhr dann aber zu Beginn der siebziger Jahre mit dem Entstehen ‚neuer sozialer Bewegungen‘ in Sachbereichen wie Ökologie oder Bürgerrechten eine Erweiterung. Soziale Bewegungen unterscheiden sich von punktuellen sozialen Protesten einerseits und sehr stark organisierten politischen Parteien andererseits. Für Joachim Raschke ist eine „[s]oziale Bewegung ein mobilisierender kollektiver Akteur, der mit einer gewissen Kontinuität (...) das Ziel verfolgt, grundlegenderen sozialen Wandel herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen.“¹² Diese Definition eignet sich sehr gut, um die Proteste gegen Atomwaffen in der Bundesrepublik und in Großbritannien im Übergang von den fünfziger zu den sechziger Jahren zu beschreiben und für einen Vergleich zu konzeptualisieren. Sie erlaubt es, die verschiedenen an den Protesten gegen Atomwaffen beteiligten Gruppen zusammenzufassen und Einheit herzustellen, ohne die Vielschichtigkeit der in der Bewegung beteiligten Gruppen und ihrer jeweiligen Zielvorstellungen zu vernachlässigen. Die Protestbewegungen in beiden Ländern stellten nämlich Koalitionen verschiedener Gruppen dar, die sich, in je unterschiedlicher Form, aus Intellektuellen, Wissenschaftlern, kirchlichen Kreisen, Gruppen der Neuen Linken bzw. *New Left*, Mitgliedern sozialdemokratischer und linker Parteien, studentischen Gruppen und zu einem sehr geringen Anteil auch Angehörigen des organisierten Pazifismus zusammensetzten.

10 Vgl. dazu Schildt: Materieller Wohlstand, S. 23. So hat Ute Frevert für den Bereich der Geschlechtergeschichte lediglich von einem „Experimentierraum“ für neue Geschlechterbeziehungen, nicht aber von einer Zeitenwende gesprochen. Vgl. Ute Frevert: Umbruch der Geschlechterverhältnisse? Die 60er Jahre als gesellschaftspolitischer Experimentierraum, in: Schildt u.a. (Hg.): Dynamische Zeiten, S. 642–660.

11 Werner Hofmann: Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts, Berlin 1979, sowie Otthein Rammstedt: Soziale Bewegung, Frankfurt am Main 1978.

12 Joachim Raschke: Zum Begriff der sozialen Bewegung, in: R. Roth/D. Rucht (Hg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main 1987, S. 19–29, S. 21.

Die Definition enthält zugleich einen Bezug auf gesellschaftlichen Wandel, mitunter als ‚Modernisierungsprozess‘ gedacht, der freilich noch sehr vage formuliert ist und historischer Konkretisierung bedarf.¹³ Politik- und Sozialwissenschaftler haben den Zusammenhang zwischen sozialer Bewegung und gesellschaftlichem Wandel jeweils unterschiedlich gefasst.¹⁴ In den 1950er und den frühen 1960er Jahren dominierten Ansätze, welche Proteste vor allem mit wirtschaftlich benachteiligten gesellschaftlichen Randgruppen identifizierten. Sie müssen als Korrelat der zeitgenössischen Diskussionen über die Nachteile von ‚Massengesellschaften‘ interpretiert werden.¹⁵

Jüngere Arbeiten lehnen diesen Zusammenhang jedoch ab: Bei den sozialen Bewegungen handele es sich um Vorreiter gesellschaftlichen Wandels sowohl in Bezug auf ihre Trägergruppen als auch in Bezug auf dominante politisch-kulturelle Orientierungen. Diese Modelle sind im Zusammenhang mit dem Bemühen entstanden, die mit den Theorieangeboten marxistischer Provenienz nicht mehr zu erklärenden gesellschaftlichen Phänomene zu erfassen, ohne dabei eine grundsätzliche Orientierung auf gesellschaftliche Modernisierung aufzugeben.¹⁶

Die Trägergruppen sozialer Bewegungen sind nach dieser Lesart nicht gesellschaftliche Randgruppen, sondern vielmehr Angehörige einer „humanistischen“ Mittelklasse. Die Trägergruppen seien jung, überdurchschnittlich ausgebildet und in kulturellen und sozialen Dienstleistungsberufen tätig. Sie orientieren sich an „postmaterialistischen Wertmustern“ wie Selbstverwirklichung, Selbstbestimmung und sozialer Gerechtigkeit.¹⁷ Der Soziologe Frank Parkin hat für die britischen Ostermärsche recht überzeugend nachgewiesen, dass es sich bei den Teilnehmern um „middle class radicals“ handelte¹⁸, welche nicht mehr für materielle Ziele auf die Straße gingen, sondern für humanistische Werte protestierten.

Andere Erklärungsmodelle haben dagegen betont, dass es sich bei den sozialen Bewegungen nicht so sehr um Symptome eines gesellschaftlichen Wandlungsprozesses, sondern um

13 Für einen Überblick vgl. Dieter Rucht: Soziale Bewegungen, in: D. Nohlen/R. O. Schultze (Hg.): Lexikon der Politik, Bd. 1: Politische Theorien, München 1995, S. 577–581; Infratest (Hg.): Politischer Protest in der sozialwissenschaftlichen Literatur, Stuttgart 1978.

14 Für die unterschiedlichen Paradigmen der Bewegungsforschung vgl. Kai-Uwe Hellmann: Paradigmen der Bewegungsforschung, Forschungs- und Erklärungsansätze – ein Überblick, in: ders./R. Koopmans (Hg.): Paradigmen der Bewegungsforschung, Entstehung und Entwicklung von Neuen sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus, Opladen/Wiesbaden 1998, S. 9–30.

15 Vgl. z.B. W. Kornhauser: The Politics of Mass Society, New York 1976, Neil Smelser: Theory of Collective Behavior, New York 1963.

16 Vgl. dafür den Überblick: Karl-Werner Brand: Humanistischer Mittelklassen-Radikalismus. Die Erklärungskraft historisch-struktureller Deutungen am Beispiel der ‚neuen Sozialen Bewegungen‘, in: Hellmann/Koopmans (Hg.), S. 33–50 sowie die Kritik dieses Ansatzes bei Paul Bagguley: Middle-class radicalism revisited, in: T. Butler/M. Savage (Hg.): Social Change and the middle Classes, London 1995, S. 293–309.

17 Vgl. dafür stellvertretend Ronald Inglehart: The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies, in: American Political Science Review, 65 (1971), S. 991–1017 sowie ders.: The Silent Revolution. Changing values and political styles among Western publics, Princeton 1977.

18 Vgl. Parkin.

gesellschaftliche Reflexe auf diesen Wandel handele, der sich in einer Legitimationskrise des Spätkapitalismus äußere.¹⁹

Diese Erklärungsmodelle eignen sich aus verschiedenen Gründen nur wenig für einen Vergleich der Proteste gegen Atomwaffen. Erstens sind diese Ansätze vor allem mit Bezug auf die ‚neuen‘ sozialen Bewegungen der siebziger und achtziger Jahre entwickelt worden, eine direkte Anwendung auf die fünfziger und sechziger Jahre müsste deshalb sehr behutsam erfolgen. Zweitens setzen diese Ansätze Grundannahmen über die Zusammenhänge von menschlichem Handeln, Normen und sozialen Strukturen voraus, die historisch-empirisch nur schwer zu fassen sein dürften. Vor allem besteht bei einer direkten Anwendung dieser Modelle die Gefahr, die Selbstbilder der Bewegungen als gesellschaftliche Vorhut und Vorreiter der Modernisierung unhinterfragt für die historische Analyse zu übernehmen. Besonders die Dominanz der Mittelschichten in den beiden Protestbewegungen und die auffallend geringe Beteiligung der Arbeiterschaft ließen sich nicht nur als Anzeichen post-materialistischer Werte des Bürgertums deuten, sondern können ebenso als Symptome eines immer noch vorhandenen, wenn auch nach dem „Ende der Ideologien“ (Daniel Bell) politisch nicht mehr relevanten, abgeschwächten und zunehmend geleugneten Klassenkonflikts interpretiert werden.²⁰ Auch die allein auf die sprachliche Selbstvergewisserung innerhalb der Bewegungen angelegten Denkschulen führen nicht wesentlich weiter, da sie die gesellschaftlichen Strukturbedingungen für das Protesthandeln einerseits und die vor allem gesellschaftliche Natur der Beziehungen innerhalb der Bewegungen andererseits völlig ausblenden.²¹

Hier soll nun versucht werden, eine sprachensitive Analyse der Interaktionen innerhalb der Bewegungen mit einer Beobachtung gesamtgesellschaftlicher Strukturbedingungen zu verbinden, um dadurch zu einer präziseren Analyse des gesellschaftlichen Wandels in Großbritannien und in der Bundesrepublik vorzudringen. Der diesen Erwägungen zugrunde liegende Ansatz geht nicht von möglichen Strukturbedingungen der Bewegungen aus, sondern nimmt die Bewegungen selbst in den Blick. Es soll versucht werden, aus der Organisation und der Trägerschaft der Bewegungen in beiden Ländern Anhaltspunkte darüber zu gewinnen, wie der gesellschaftliche Wandel in beiden Ländern vonstatten ging.

19 Vgl. Jürgen Habermas: *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, Frankfurt/Main 1973.

20 Vgl. Bagguley.

21 Vgl. dazu den Ansatz von Ron Eyerman/Andrew Jamison: *Social Movements. A Cognitive Approach*, Cambridge 1991. Für neueste Ansätze vgl. Doug McAdam u.a. (Hg.): *Comparative Perspectives on Social Movements. Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings*, Cambridge 1996. Alice Holmes Cooper hat dagegen eine Darstellung vorgelegt, welche verschiedene Ansätze aus der sozialen Bewegungsforschung aufgreift und vor allem die politischen Strukturen, welche die Entstehung der Bewegungen begünstigten, in den Blick nimmt. Vgl. Alice Holmes Cooper: *Paradoxes of Peace. German Peace Movements since 1945*, Ann Arbor 1996. Für einen quantitativen Überblick zu Protesten in der Bundesrepublik vgl. Friedhelm Neidhardt/Dieter Rucht: *Protestgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1950–1994: Ereignisse, Themen, Akteure*, in: D. Rucht (Hg.): *Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen*, Frankfurt/Main / New York 2001, S. 27–70.

Die politischen und internationalen Rahmenbedingungen der Proteste

Eine Analyse sozialer Bewegungen muss immer auch die Analyse der politischen Rahmenbedingungen einschließen. Die Wurzel der Proteste in beiden Ländern war die Angst vor einem Atomkrieg, es handelte sich also bei den Protesten nicht einfach um Friedensbewegungen und noch weniger um den Ausdruck eines moralisch motivierten Pazifismus, der jegliche Anwendung von Gewalt ablehnte.²² Diese Angst verband sich mit der Hoffnung, dass die Voraussetzungen nie so gut gewesen waren, die Grundlagen dieser Angst zu beseitigen.

Man kann das an einer Reihe von Entwicklungen beobachten. Die Vereinigten Staaten begannen sich von ihrer Strategie der massiven Vergeltung zu verabschieden und bewegten sich hin zu einer Strategie des „flexible response“. Die strategische Anpassung an diese Situation auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs brachte eine Reihe von internationalen Krisen mit sich – so wie etwa die beiden Berlin-Krisen oder die Kubakrise –, von denen die Zeitgenossen fürchteten, dass sie in einem Atomkrieg enden könnten.²³

Aber die Periode war ebenso charakterisiert von einer Bewegung hin zu mehr Verständigung zwischen Ost und West. So hatte der polnische Außenminister Rapacki 1957 einen Plan vorgelegt, in dem er die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone und einer militärisch verdünnten Zone in Mitteleuropa vorgeschlagen hatte. Ähnliche Pläne gab es auch in Großbritannien, wo sowohl konservative als auch Labour-Politiker entsprechende Vorschläge machten.²⁴

In dieser internationalen Situation hatte die Angst über Radioaktivität in der Umwelt einen besonderen Rückhalt in der öffentlichen Meinung. Die Verunreinigung der Luft mit radioaktivem Strontium-90, das sich in Folge der Atomwaffentests im Pazifik mehr und mehr in der Atmosphäre und besonders in Milchprodukten überall in Europa anzureichern begann, wurde zunehmend diskutiert. Die Carte Blanche- und Fallex-Manöver 1955 bzw. 1962 mit ihren Szenarien von Millionen von Toten im Falle eines Atomkrieges taten ein Übriges, um die Bevölkerung auf die Gefahren eines Atomkrieges aufmerksam zu machen.²⁵ Der Protest deutscher Wissenschaftler gegen die Verharmlosung nuklearer Mittelstreckenraketen durch Bundeskanzler Adenauer im Frühjahr 1957 kann sogar als Auslöser der bundesdeutschen Proteste gelten.²⁶

Schließlich, und nicht zuletzt, fühlte man sich im Westen mehr denn je verwundbar. Das in einer europaweiten Öffentlichkeit diskutierte britische Weißpapier zur Verteidigung von 1957 hatte dies in aller Deutlichkeit ausgesprochen. Nachdem die Sowjetunion 1957 angekündigt hatte, dass sie in der Lage sei, Interkontinentalraketen zu bauen und nachdem sie den ersten künstlichen Satelliten namens Sputnik im späten Oktober 1957 ins All geschossen

22 Vgl. für eine Typologie: Martin Ceadel: *Thinking about Peace and War*, Oxford 1987.

23 Vgl. R. Taylor, S. 88–91.

24 Vgl. dazu den Überblick von Beatrice Heuser: *NATO, Britain, France and the FRG. Nuclear strategies and forces for Europe, 1949–2000*, Basingstoke 1999.

25 Vgl. dazu die Erörterungen bei R. Taylor und Wette sowie den eher schematischen, vor allem auf die Regierungsebene bezogenen Vergleich von Beatrice Heuser: *Nuclear mentalities? Strategies and beliefs in Britain, France and the FRG*, Basingstoke 1998.

26 Vgl. Gabriele Metzler: *Internationale Wissenschaft und nationale Kultur. Deutsche Physiker in der internationalen Community 1900–1960*, Göttingen 2000, S. 230–243.

hatte, fühlten sich sehr viele im Westen gegenüber der sowjetischen Bedrohung weniger denn je gewachsen. Während einige sich deshalb für die Erhöhung insbesondere der nuklearen Rüstungsanstrengungen aussprachen, hatte für einen großen Teil der öffentlichen Meinung in beiden Ländern die Politik der Abschreckung deutlich an Glaubwürdigkeit eingebüßt.²⁷ Hinzu kam, dass in beiden Ländern aufgrund der Ende der fünfziger Jahre bestätigten konservativen bzw. Parlamentsmehrheiten an eine parlamentarische Durchsetzung dieser Hoffnungen nicht zu denken war.

Die Bedeutung der Tradition

Obwohl diese Faktoren in beiden Ländern eine Rolle spielten, resultierten sie nicht einfach in sehr ähnlich organisierten Protesten mit sehr ähnlichen Zielen, wie es zum Beispiel April Carter oder Lawrence Wittner in ihren Gesamtdarstellungen zu den weltweiten Protesten gegen Atomwaffen annehmen.²⁸ Vielmehr verbargen sich unter der Oberfläche der Gemeinsamkeiten mitunter fundamental verschiedene politische und gesellschaftliche Traditionsbestände, die sich lediglich auf ähnliche Weise äußerten.

Der entscheidende organisationsgeschichtliche Unterschied zwischen den britischen und westdeutschen Protesten ist, dass man in der Bundesrepublik ganz klar zwei politisch getrennte Phasen der Bewegung unterscheiden kann. Obwohl beide Phasen über personelle und, in geringerem Ausmaße, auch organisatorische Kontinuitäten miteinander verbunden waren, kann man sie nicht einfach als eine große soziale Bewegung neuen Charakters ansehen.²⁹ Für die erste Phase bestimmend war die *Kampagne ‚Kampf dem Atomtod‘*, die von der SPD und den Gewerkschaften finanziert und organisiert wurde. Hier zeigte sich noch ein letztes Mal vor dem Godesberger Programm die Tradition der sozialdemokratischen Partei als soziale Bewegung, die im außerparlamentarischen Raum agiert – und sie zeigte sich in einer neuen Form, nämlich in Gestalt einer Kampagne, die mit dieser traditionellen Organisationsform nicht primär die Arbeiterschaft, sondern gezielt bürgerliche Mittelschichten ansprechen wollte.³⁰

Die Ostermärsche, für die zweite Phase prägend, suggerieren dem Betrachter den Anbruch einer neuen Ära des Protests in der Bundesrepublik, in der organisatorische Bindungen immer weniger bedeutsam waren und die verschiedenen Milieugrenzen noch weniger eine Rolle spielten. Sie waren 1960 von einer Gruppe Hamburger Quäker um den Lehrer Hans-Konrad Tempel aus Unzufriedenheit mit der SPD-Kampagne und nach dem Vorbild der britischen Ostermärsche ins Leben gerufen worden. Parteipolitische und andere organisatorische Bindungen sollten bewusst eine untergeordnete Rolle spielen. Die Sozialdemokra-

27 Vgl. A. J. R. Groom: *British Thinking about Nuclear Weapons*, London 1974.

28 April Carter: *Peace Movements. International Protest and World Politics since 1945*, London 1992 und Lawrence S. Wittner: *Resisting the Bomb. A History of the World Nuclear Disarmament Movement 1954–1970* (= *The Struggle against the Bomb*, Bd. 2), Stanford 1997.

29 Vgl. z.B. Otto.

30 Vgl. Detlef Lehnert: *Sozialdemokratie zwischen Protestbewegung und Regierungspartei 1848–1983*, Frankfurt/Main 1983, S. 186.

ten distanzieren sich vehement von den Ostermärschen, da sie die Märsche als kommunistisch unterwandert ansahen. Hinter der Diskussion im Parteipräsidium, teilnehmende Parteimitglieder auszuschließen, wird letztlich ein völliges Unverständnis gegenüber dieser von gesellschaftlichen Großorganisationen unabhängigen Organisationsform deutlich. Der Vorwurf kommunistischer Unterwanderung spiegelt dieses Unverständnis wider und lässt nicht wirklich auf die gesellschaftliche Realität schließen.³¹ Doch auch die Ostermärsche waren nicht so ‚modern‘, wie sie auf den ersten Blick erscheinen. Zwar zeigte die Organisation und die Zusammensetzung der bundesdeutschen Ostermärsche die langsame Auflösung traditioneller Milieus an. Doch interessanterweise bestimmten Milieuorganisationen noch ganz wesentlich die Form der Märsche. Obwohl die Veranstalter direkte institutionelle Bindungen ablehnten, ruhten sie doch auf den Schultern von Organisationen wie der Naturfreundejugend und gewerkschaftlichen Jugendverbänden, welche die Traditionen der sozialdemokratischen Vorfeldorganisationen und der Arbeiterbewegungen der zwanziger Jahre in die Gestaltung und Organisation der Märsche einbrachten. Interessant ist, dass die Modernisierung gesellschaftlicher Strukturen, wie sie sich im Zusammengehen der verschiedenen Milieus zeigte, genau im Rückgriff auf diese Traditionsbestände erfolgte und dass selbst die organisationsdominierte SPD-Kampagne Schichten mobilisierte und ein Protestmilieu schuf, das es vorher in dieser Form in Deutschland nicht gegeben hatte und das sich auch bei den Protesten gegen die konventionelle Bewaffnung der Bundeswehr nicht herausbilden konnte. Mehr als in Großbritannien verwies diese lockere Organisationsform auf jene Kennzeichen, welche die ‚neuen‘ sozialen Bewegungen der siebziger und achtziger Jahre kennzeichneten.

Weder die organisatorische Periodisierung der Proteste noch die Orientierung an Traditionen der Arbeiterbewegung gab es in Großbritannien in diesem Umfang. Dort spielten sich die Proteste vielmehr im Umfeld einer einzigen Organisation, der *Campaign for Nuclear Disarmament* (CND) ab, an die sich andere Gruppen anlagerten. Sie war der organisatorische Nachfolger aus dem *National Committee Against Nuclear Weapons Tests*, das sich aus Protest gegen die britischen Nuklearwaffenversuche im Pazifik im Sommer 1957 gebildet hatte und ähnelte in ihrer Organisationsform mit Exekutivkomitee, Ausschüssen und jährlicher Konferenz sehr stark den Organisationsprinzipien der Labour-Partei. Letztlich handelte es sich bei CND um ein letztes Aufblühen jener Koalition linker Gruppen der englischen Mittelschicht, welche sich, meist im Gegensatz zur Labour-Führung, für die schnelle Verwirklichung einer sozialistischen Gesellschaft eingesetzt hatten. Sie war zuletzt in den Aktivitäten für das republikanische Spanien und für eine „United Front“ mit kommunistischen Gruppen in den dreißiger Jahren und während des Zweiten Weltkriegs in Erscheinung getreten.³²

Besonders die britische *New Left* konnte sich mit diesen Zielvorstellungen identifizieren und versuchte deshalb, CND zu ihrer eigenen Kampagne zu machen. Auch ihr ging es um

31 Protokolle des SPD Parteivorstands, Sitzung am 9. und 10. Januar 1961, S. 8–9, Archiv der sozialen Demokratie, Bonn [AdsD]; Protokolle des Parteipräsidiums der SPD, Sitzung vom 20. Februar 1961, S. 837–838, AdsD.

32 Vgl. immer noch: Ben Pimlott: *Labour and the Left in the 1930s*, Cambridge 1977 sowie Tom Buchanan: *The Spanish Civil War and the British Labour Movement*, Cambridge 1991.

die Wiederbelebung sozialistischer Traditionen. Allerdings betonten die Neuen Linken in Großbritannien nicht so sehr die Kontinuität zu den dreißiger Jahren, sondern wiesen vielmehr auf die gewandelten Bedingungen für die Verwirklichung des Sozialismus in der britischen Wohlstandsgesellschaft hin. Nachdem der Kommunismus sowjetischer Prägung mit Kuschtschows Geheimrede 1956 und der gewaltsamen Niederschlagung des Ungarn-Aufstands durch sowjetische Truppen Ende 1956 in ihren Augen endgültig diskreditiert war und gleichzeitig die Organisation der internationalen Beziehungen in zwei monolithische Blöcke nach Ungarn und der Suez-Krise im Herbst 1956 in Frage gestellt war, suchten sie in der sozialistischen Literatur des neunzehnten Jahrhunderts nach Theorieangeboten. Mit ihrer Beteiligung an CND wollten sie Theorie in Praxis überführen.³³

Allein das *Direct Action Committee*, das direkte politische Aktionen nach dem späteren Greenpeace-Muster befürwortete und im Herbst 1960 im *Committee of 100* aufging, war in der Betonung gewaltfreien Widerstands und der lockeren Organisationsform der bundesdeutschen Ostermärsche ähnlich.³⁴ Anders als in der Bundesrepublik war das Komitee aber nur eine Randgruppe, die durch spektakuläre Proteste überdurchschnittliche Aufmerksamkeit auf sich zu lenken vermochte.

CND war in erster Linie gegründet worden, um die Linie der Labour Party im Sinne einer unilateralen Abrüstung Großbritanniens zu beeinflussen. Während einige prominentere Labour Abgeordnete wie Michael Foot oder Frank Allaun sich rege in CND engagierten, blieb die Kampagne sehr darauf bedacht, ihre organisatorische Unabhängigkeit von der Arbeiterpartei zu wahren, und es gab eine hitzige Debatte darüber, ob CND überhaupt für unilaterialistische Labour-Kandidaten Wahlwerbung betreiben sollte.³⁵

Kennzeichnend für CND war, dass die Bewegung anders als die *Kampagne ‚Kampf dem Atomtod‘* und stärker als die frühen Ostermärsche, ein Protest einzelner Bürger war, die, durch das gemeinsame sehr vage Ziel der atomaren Abrüstung vereint, zusammenkamen. Diese Form gesellschaftlicher Organisation hatte es so in Deutschland nicht gegeben und sie unterschied sich deutlich von dem in Deutschland verbreiteten Vereinsleben. In Großbritannien hingegen hatte sie insbesondere im Bereich der lokalen Organisationen der Sozialpolitik eine große Rolle gespielt.³⁶ In Großbritannien lässt sich dennoch, wenn auch nicht die gleiche Form, so doch das gleiche Muster gesellschaftlicher Öffnung feststellen: Ausgehend von traditionellen Organisationen und Vereinigungen wurden neue Gruppen und Schichten an die Bewegung herangeführt. Das galt besonders für Jugendliche und Studenten, die aus Interesse an dem durch die Demonstrationen vermittelten Lebensstil und über die *New Left* an

33 Vgl. Lin Chun: *The British New Left*, Edinburgh 1993 und Michael Kenny: *The First New Left. British Intellectuals after Stalin*, London 1995.

34 Vgl. dazu Christopher Driver: *The Disarmers. A Study in Protest*, London 1964, S. 14.

35 Vgl. Groom, S. 311–323.

36 Vgl. Jürgen Reulecke: *Formen bürgerlich-sozialen Engagements in Deutschland und Großbritannien im 19. Jahrhundert*, in: J. Kocka (Hg.): *Arbeiter und Bürger im 19. Jahrhundert. Varianten ihres Verhältnisses im europäischen Vergleich* (= Schriften des Historischen Kollegs. Kolloquien, Bd. 7), München 1986, S. 284. Die Gegensätze zwischen Deutschland und Großbritannien überzeichnend: Peter Clark: *British Clubs and Societies, 1500–1800. The Origins of an associational world*, Oxford 2000. Sowie als Beispiel José Harris: *William Beveridge. A Biography*, Oxford 21997.

die Kampagne herangeführt wurden und besonders in Universitätsstädten das Bild der Kampagne entscheidend prägten.³⁷

Diese traditionelle Prägung der Proteste wird besonders deutlich, wenn man sich CND aus einer lokalen Perspektive ansieht. Menschen kamen zusammen, die sich schon aus anderen Zusammenhängen kannten, die gemeinsame gesellschaftliche Interessen hatten und die nun die Angst vor einem Atomkrieg besonders beschäftigte. Diese lokalen Gruppen waren eher klein und trafen sich regelmäßig an privaten Orten. Die Finanzen wurden von lokalen Spendern zur Verfügung gestellt. Traditionelle pazifistische Organisationen wie die *Peace Pledge Union* blieben dagegen als Organisationen unbedeutend, wiewohl sie durchaus Teilnehmer an Protesten zur Verfügung stellten.³⁸

Zwar hatte es über den Charakter von CND als „politische Kampagne“ oder „society“ immer Debatten gegeben.³⁹ Durch die Betonung von Traditionsbeständen soll gezeigt werden, dass Vieles hinter der britischen Kampagne nicht so neu und modern war, wie oft dargestellt, sondern dass CND eine Geschichte hat, die in das Großbritannien vor dem Zweiten Weltkrieg zurückreicht. In Deutschland gab es diese Verbindungen ebenso, aber nur durch die Vermittlung der Arbeiterbewegung – alle anderen bürgerlichen Organisationen waren durch den Nationalsozialismus noch gründlicher zerstört worden. Anders als in Großbritannien, formten die Proteste in der Bundesrepublik zwar ein eigenes Protestmilieu – aber das Fundament war, wenn auch vorhanden, deutlich schwächer als in Großbritannien und musste erst geschaffen werden.⁴⁰

Im Folgenden sollen diese Unterschiede nun ein wenig detaillierter beleuchtet werden. In Großbritannien kamen einige Mitglieder der politischen, religiösen und literarischen Intelligenz im späten Januar 1958 in der Wohnung von John Collins, Kanonikus der Londoner St. Paul's Kathedrale, zusammen – ganz in der Tradition früherer „progressive coalitions“. Sie wollten über Mittel und Wege diskutieren, um die „weltweite Apokalypse“ abzuwenden, die der Schriftsteller J. B. Priestley in einem Artikel in der linksliberalen Zeitschrift *New Statesman* im November 1957 prognostiziert hatte.⁴¹ Aneurin Bevan, die Leitfigur der Labour-Linken, hatte gerade das unilateralistische Lager verlassen und war auf die Linie um den eher rechten Parteiführer Hugh Gaitskell eingeschwenkt, der sich für eine multilaterale Abrüstung im Rahmen der UNO aussprach. Der Kalte Krieg galt ihnen als die fundamentale Ursache einer gesellschaftlichen Apathie, besonders unter den Mittelschichten. Die Kampagne sollte den Mittelschichten den Enthusiasmus für gesellschaftliche Reformen zurückbringen.⁴²

Diese *Progressives* waren keine Straßenkämpfer. Sie waren Angehörige dessen, was man damals als ‚Establishment‘ bezeichnete, mit einigem Einfluss und einem Namen in der briti-

37 Vgl. Bill Osgerby: *Youth in Britain since 1945*, Oxford 1998, S. 82–103.

38 Vgl. Richard Taylor/Colin Pritchard: *The Protest Makers. The British Nuclear Disarmament Movement 1958–1965 twenty years on*, London 1988, S. 33–51.

39 Vgl. *Bulletin of the North-West CND*, ‚What next?‘, November 1959, Manchester City Library and Local Archives, M 11 8/9A.

40 Vgl. Otto, S. 69–77.

41 J. B. Priestley: *Britain and the Nuclear Bomb*, in: *New Statesman* 54, 2. November 1957, S. 554–556.

42 Vgl. stellvertretend die *Essays* in J. B. Priestley: *Thoughts in the wilderness*, London 1957.

schen Öffentlichkeit. Die meisten waren 50 Jahre oder älter, fast alle waren gegen Ende des 19. Jahrhunderts geboren. Alle hatten schon vorher an Protesten teilgenommen. Und nicht wenige hatten die Liberale Partei unterstützt, bis sie in den dreißiger Jahren oder während des Zweiten Weltkriegs in die Labour Party eintraten. Sie kannten sich schon aus anderen Zusammenhängen, oft aus anderen außerparlamentarischen Bewegungen. Besonders die Kampagne gegen die britische Invasion in Suez 1956 war in diesem Zusammenhang unmittelbar bedeutend.

Der spätere Vorsitzende von CND, Canon Collins, hatte sich in einer Gruppe namens *Christian Action* engagiert, die das Ziel hatte, den christlichen Glauben stärker in der britischen Gesellschaft zu verankern, indem sie auf philanthropische Zwecke wie die Beseitigung der Armut in der Dritten Welt aufmerksam machte. Der Herausgeber des *New Statesman*, Kingsley Martin, 1897 geboren und aus einer protestantisch-nonkonformistischen Familie stammend, hatte in der pazifistischen *Union for Democratic Control* in der Zwischenkriegszeit Erfahrungen gesammelt. Michael Foot, 1913 geboren und damit der Jüngste in der Gruppe, war Herausgeber des *Tribune*, des Organs der Labour Linken. Der britische Historiker Kenneth Morgan hat ihn als die Verkörperung des ‚British radicalism‘ seit zwei Jahrhunderten beschrieben.⁴³ J. B. Priestley, 1894 geboren, und seine Frau, die Archäologin Jacquetta Hawkes, waren Intellektuelle, die ihre gesellschaftliche Verantwortung betonten. Priestley hatte im Zweiten Weltkrieg an der Gründung der *Common Wealth Party*, einer linken Gruppierung, die stärkere staatliche Planung befürwortete, mitgearbeitet. Bertrand Russell, 1872 geboren, Präsident des CND bis 1960, konnte nicht nur auf seine Beteiligung in früheren Protesten zurückblicken. Vielmehr war sein ganzes politisches Leben durch einen Willen gekennzeichnet gewesen, außerhalb der traditionellen politischen Kanäle zu arbeiten.⁴⁴ Während des Ersten Weltkriegs war er wegen seiner Haltung zum Wehrdienst verurteilt worden und hatte in den dreißiger Jahren *appeasement* unterstützt.⁴⁵ Peggy Duff, die Organisatorin der Kampagne, war auch als Organisatorin der *Common Wealth Party* tätig gewesen. Ritchie Calder war ein Naturwissenschaftler, der sich um die Popularisierung von Wissenschaft bemühte und der wie Martin, Priestley und Foot während des Zweiten Weltkriegs in der Commonwealth Party aktiv gewesen war.

In der ersten Stunde gab es also wenig von einem Geist der kulturellen Revolution, und das fast gerontokratische Erscheinungsbild des Exekutivkomitees wurde durch Kooptation erhalten. Es gab keine formelle Mitgliedschaft. Der einzige Weg, auf nationaler Ebene bestimmend mitarbeiten zu können, war bis 1961 die Kooptation.⁴⁶ Wer wurde kooptiert? – Zum Beispiel Victor Gollancz, 1893 geboren – Gründer des *Left Book Clubs* Ende der dreißi-

43 Kenneth O. Morgan: *Labour people. Leaders and lieutenants*, Hardie to Kinnock, Oxford 1987, S. 278.

44 Ronald W. Clark: *The life of Bertrand Russell*, London 1975, 119.

45 Ebd., S. 522 und 528ff.. Vgl. jetzt auch die vorzügliche Biographie von Ray Monk: *Bertrand Russell. The Spirit of Solitude*, London 1996 und ders.: *Bertrand Russell. The Ghost of Madness 1921–1970*, London 2000.

46 National CND, *National Executive Committee Minutes*, 28. Januar 1958, MRC [Modern Records Centre, University of Warwick], MSS.181.

ger Jahre und aktiv in vielen anderen außerparlamentarischen Bewegungen der Zeit.⁴⁷ Auch Richard Acland, 1906 geboren, früher ein Liberaler Abgeordneter, im Zweiten Weltkrieg dann zusammen mit Priestley, Gründer der *Common Wealth Party*, wurde kooptiert, zusammen mit Donald Soper, einem 1903 geborenen Methodisten, früher ein aktives Mitglied der Temperanzbewegung, der 1937 der Labour Party und der *Peace Pledge Union* beigetreten war. Auch der Oxforder Historiker A. J. P. Taylor, 1906 geboren, konnte auf ein Leben in der britischen Linken zurückblicken. Gerade der Kampagne beigetreten, hatte er die *Trouble Makers*, ein Buch über Protest gegen die Außenpolitik der Regierung, geschrieben. In seinen Memoiren stellte er sich denn auch in eine Reihe mit Bright und Cobden, den Helden des Buches.⁴⁸

Die Einstellungen dieser Mitglieder des Exekutivkomitees stellen kaum Indizien für eine politische Liberalisierung dar. Taylor verließ CND als ihm die Kampagne zu demokratisch wurde. Und Diana Collins, die Frau des Kanonikus, zeigte ihren Unmut über das, was man damals als ‚abweichendes Verhalten‘ bezeichnete, in einem Brief an Jacquetta Hawkes im Februar 1958: „Der Gedanke an einen Abend mit unseren langhaarigen bärtigen Freunden anstelle eines geselligen Abends mit Dir und Jack [J. B. Priestley] erfüllt mich mit einer solchen Verzweiflung, dass ich kaum daran zu denken wage.“⁴⁹

Die im Exekutivkomitee sichtbar werdende Dominanz dieser Tradition gesellschaftlichen Protests für eine gute Sache lässt sich auch auf einer lokalen Ebene beobachten. Wie die *Times* im April 1972 berichtete, war eine Mrs. Malvin Side, aus Hampstead stammend, seit 1958 auf allen britischen Ostermärschen dabei gewesen. Ihre politische Karriere hatte im zarten Alter von 14 begonnen, als sie die Sufragetten um Sylvia Pankhurst unterstützt hatte.⁵⁰ Hodgess Roper, einer der Vorsitzenden der *University Campaign for Nuclear Disarmament* in Oxford in den sechziger Jahren, stammte ebenfalls aus einer Familie von Protestierenden. Er selbst war für einige Jahre Präsident der *United Nations Association* in Oxford gewesen. Sein Onkel war Fenner Brockway, Labour Abgeordneter und stark in der Bewegung für Dekolonisierung engagiert.

Besonders bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist das Beispiel von Lord Simon of Wythenshawe, bis zu seinem Tod 1961 Präsident des *Manchester CND*, der wahrscheinlich die stärksten CND-Gruppierung außerhalb Londons. Und obwohl Lord Simon in vieler Hinsicht nicht typisch für die Kampagne war, zeigen sich doch in seiner Person die Wurzeln der Kampagne in der regierungskritischen Tradition britischer ‚Radicals‘ und ‚Progressives‘ im Verein mit den philanthropischen Bemühungen der englischen Mittelklasse im Edwardian England besonders deutlich.⁵¹ 1879 in eine Fabrikantenfamilie geboren, wurde er in den zwanziger Jahren Anhänger der Ideen gesellschaftlicher Planung, wie sie Sidney und Beatrice

47 National CND, National Executive Committee Minutes, 27. Februar 1958, MRC, MSS.181. Zu Gollanz vgl. Ruth Dudley Edwards: Victor Gollanz. A Biography, London 1987. Zum Left Book Club vgl. Stuart Samuels: The Left Book Club, in: *Journal of Contemporary History*, 1 (1966), S. 65–86.

48 A. J. P. Taylor, *A Personal History*, London 1983, S. 229. Zu Taylor vgl. Kathleen Burk: *Troublemaker. The life and history of A. J. P. Taylor*, New Haven/London 2000.

49 Brief an Jacquetta Hawkes, 16. Februar 1958, zitiert in R. Taylor, S. 47.

50 *The Times*, 4. April 1972, S. 2.

51 Vgl. Driver, S. 53.

Webb vertraten.⁵² In der Zwischenkriegszeit spielte er eine bedeutende Rolle in der Lokalpolitik in Manchester, als Mitglied des *City Council* und, ganz kurz, auch als Bürgermeister.⁵³ 1946 verließ er die Liberalen und trat der Labour Party bei.

Die ersten großen bundesdeutschen Proteste 1958 waren nicht das Ergebnis spontaner Initiativen einzelner, sondern der Versuch einer politischen Partei, der Sozialdemokraten, ihre Ziele im außerparlamentarischen Raum und nicht im Parlament zu erreichen. Paradoxerweise schuf sie gerade dadurch die Voraussetzungen dafür, dass ein solches Protestmilieu in der Bundesrepublik entstehen konnte. Anders als die britische Bewegung war also die deutsche Kampagne nicht mit dem Ziel gegründet worden, eine Partei zu beeinflussen, sondern die Regierung. Die Personen, die die Kampagne für die SPD organisierten, waren SPD-Politiker wie Walter Menzel, der ehemalige Innenminister Nordrhein-Westfalens. Obwohl Jost Dülffer dieses direkte Engagement einer politischen Partei in außerparlamentarischen Protesten im Vergleich mit den Protesten gegen die konventionelle Bewaffnung der Bundeswehr als neu und als Zeichen der Öffnung der politischen Kultur eingestuft hat⁵⁴, spricht doch mehr dafür, dieses Verhalten auf die Tradition der Sozialdemokratie als Partei und soziale Bewegung zurückzuführen.⁵⁵ War die Bewegung in Großbritannien durch ihre Existenz allein politisch, indem sie die traditionellen Grenzen des politischen Systems erweiterte, so war die bundesdeutsche Kampagne mehr: Sie war auch aufgrund ihrer Ziele politisch und deshalb politisiert.

Die SPD hatte begonnen, sich für außerparlamentarische Proteste zu interessieren, als sie festgestellt hatte, dass ihre Opposition gegen die Außen- und Verteidigungspolitik der Adenauer Regierung angesichts der absoluten CDU-Mehrheit im Bundestag zum Scheitern verurteilt war. Dies war das Hauptmotiv für die Gründung der *Kampagne ‚Kampf dem Atomtod‘* Ende 1957, Anfang 1958. Die Kampagne wurde vor allem von der SPD und, in noch größerem Ausmaß, vom Deutschen Gewerkschaftsbund und einigen Einzelgewerkschaften wie der IG Metall finanziert.⁵⁶ Die regionalen Büros der Kampagne befanden sich in Gewerkschaftshäusern oder anderen Gebäuden von Organisationen der Arbeiterbewegung wie der Arbeiterwohlfahrt. Die meisten Protestaktionen wurden in enger Abstimmung mit Partei- und Gewerkschaftsführung durchgeführt. Der Vorsitzende und der Sekretär der Kampagne kontaktierten sozialdemokratische Bürgermeister und Abgeordnete, um sie für lokale, regionale und bundesweite Aktionen zu gewinnen. Die Intellektuellen, die an der Kampagne teilnahmen, hatten oft schon Verbindungen zur SPD gehabt, und oft wurden die Mitgliederparteien der Partei benutzt, um Personen in Schlüsselstellungen anzuwerben. Die Verbindungen zwischen Partei und Kampagne finden sich auch auf lokaler Ebene, wo, je nach Ort, die Gewerkschaften oder Organisationen wie die *Sozialistische Jugend*, *Die Falken* eine führende

52 Vgl. ebd., S. 131.

53 Vgl. ebd., S. 124.

54 Vgl. Jost Dülffer: The Movement against Rearmament 1951–55 and the movement against nuclear armament 1957/59 in the Federal Republic: A Comparison, in: M. Vaïsse (Hg.): *Le pacifisme en Europe des années 1920 aux années 1950*, Brüssel 1993, S. 417–434, S. 434.

55 Vgl. dazu Lehnert, S. 186.

56 Vgl. Schriftliche Notiz von Otto Brenner betr. Arbeitsausschuss Kampf dem Atomtod vom 22. Juni 1962, AdsD, IG Metall-Archiv, G 1285.

Rolle übernahmen. Es ist deshalb nicht überraschend, dass die Partei dort besonders stark war, wo die SPD besondere Unterstützung genoss, wie zum Beispiel in Hessen-Süd.

Allein das Münchner *Komitee gegen Atomrüstung* um den Schriftsteller und Essayisten Hans Werner Richter war mit der Organisationsform des britischen CND vergleichbar. Genauso wie CND dominierten im Komitee Honoratioren, allerdings vor allem jene, welche der generationellen Gruppe der ‚45er‘ zuzurechnen waren.⁵⁷ Die Mitgliederliste liest sich wie eine Aufzählung der Münchner Intelligenz und des gehobenen Münchner Bildungsbürgertums, mit Hildegard Hamm-Brücher, Hans-Jochen Vogel, dem Linkskatholiken Carl Amery, einigen Münchner Buchhändlern, Verlegern und Lektoren. Eine Bindung an irgendwelche Organisationen lehnten sie ebenso strikt ab wie ‚Vereinsmeierei‘. Ein Verein wurde nur gegründet, um das bundesdeutsche Spendengesetz zu unterlaufen, welches nicht eingetragenen Vereinen das Sammeln von Spenden verbot.⁵⁸ Richter warb darüber hinaus eine ganze Reihe politisch engagierter Schriftsteller an, die er aus dem Zusammenhang der von ihm mitgegründeten *Gruppe 47* kannte. In verschiedenen seiner Briefe und Vorträge taucht die Liberalisierung der politischen Kultur der Bundesrepublik und die Immunisierung gegen die Gefahr vom rechtem Rand fast leitmotivartig auf. Sein Protest wie der vieler anderer Schriftsteller richtete sich gegen den als Restauration empfundenen Charakter der Adenauer-Ära, der eine wirkliche Demokratisierung des Landes nach 1945 unmöglich gemacht hatte. Diese Kritik hatten die Schriftsteller schon Ende der vierziger Jahre geäußert, konnten aber erst jetzt unter schon gewandelten gesellschaftlichen Bedingungen und in einer Zeit, in der die internationalen Beziehungen in Bewegung schienen, auf breiteres Gehör in der Öffentlichkeit stoßen.⁵⁹

Die im Unterschied zu den britischen Protesten explizite politische Aufladung der Kampagne blieb auch dann erhalten, als die SPD sich im Zuge eines programmatischen Wandels nach dem Godesberger Programm zunehmend distanzierte und die Ostermärsche zur entscheidenden Kraft wurden. Die Ostermärsche wurden zum Sammelbecken jener, die mit dem programmatischen Wandel der Partei nicht einverstanden waren und die, wiederum paradoxerweise, an den alten Traditionen des sozialdemokratischen Antimilitarismus noch festhielten, als die Partei sie schon aufgegeben hatte.⁶⁰ Sie wurden zu einem Schmelztiegel, in

57 Vgl. Dirk Moses: Die 45er. Eine Generation zwischen Faschismus und Demokratie, in: Die Neue Sammlung, 40 (2000), S. 211–232.

58 Brief Hans Werner Richters an Siegfried Bußjäger, 26. Februar 1960, Stiftung Archiv Akademie der Künste, Berlin, Hans Werner Richter-Archiv, 72.86.512.

59 Zur *Gruppe 47* vgl. Ingrid Gilcher-Holtey: „Askese schreiben, schreib: Askese“. Zur Rolle der *Gruppe 47* in der politischen Kultur der Nachkriegszeit, in: Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur, 25 (2000), S. 134–167. Zu Richters Aktivitäten nach 1945: Alexander Gallus: Die Neutralisten. Verfechter eines vereinten Deutschland zwischen Ost und West 1945–1990 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 127), Düsseldorf 2001, S. 94–108.

60 Auch in der Weimarer Republik hatte es schon Diskussionen über die Wehrpolitik der SPD gegeben, die sogar zur Abspaltung linkssozialistischer Gruppen aus der SPD geführt hatten. Sie waren vielen Beteiligten noch präsent, besonders Erich Ollenhauer, der damals die SAJ-Zeitschrift *Arbeiterjugend* geleitet hatte. Vgl. Heinrich-August Winkler: Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Berlin 21988, S. 361 ff.

dem die bundesdeutsche Neue Linke entstand. Traditionen aus der Arbeiterbewegung gingen eine ganz eigenartige Mischung mit den Traditionen eines radikalen Pazifismus ein, die es in Großbritannien allenfalls im *Committee of 100* gab. Erst dadurch wurden die bundesdeutschen Ostermärsche zum Anziehungspunkt für einen größeren Kreis junger Leute und Studenten, die sich mit dem spezifischen Lebensstil um die Proteste identifizieren konnten und die sich an den Protesten beteiligten, ohne sich selbst in großem Ausmaß mit der Sache selbst auseinandersetzen zu müssen.

In Norddeutschland rief 1960 eine Gruppe von Quäkern und Kriegsdienstverweigerern mit Hans-Konrad Tempel den bundesdeutschen *Ostermarsch der Atomwaffengegner* ins Leben, der 1963 in *Ostermarsch der Atomwaffengegner – Kampagne für Abrüstung* umbenannt wurde. Tempel und andere hatten Ostern 1959 am britischen Marsch von Aldermaston nach London teilgenommen und hielten einen solchen Marsch für überzeugender als die Kampagne der SPD. Sie planten deshalb einen Marsch von Hamburg zur britischen Raketenbasis Bergen-Hohne in der Nähe des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen. Ab 1961 gab es Märsche im Umkreis aller größeren deutschen Städten mit Zentren in Hamburg, im Ruhrgebiet, im Stuttgarter und im Münchner Raum.

Die Hamburger Gründer hatten enge Verbindungen zum lokalen Zweig der *Deutschen Friedensgesellschaft* und der *Vereinigung der Kriegsdienstgegner* (VK). Sie hatten Anfang der 1950er Jahre Heinemanns Gesamtdeutsche Volkspartei unterstützt, waren aber dann etwa zeitgleich mit Heinemann in die SPD eingetreten. Sie befürworteten kein sehr aktives demokratisches Engagement. Das Schlüsselwort in fast allen Flugblättern war „Disziplin“. ⁶¹ Fast alle Flugblätter zwischen 1960 und 1965 betonten, dass die Ostermärsche ein Protest Einzelner seien, in denen parteipolitische, religiöse und andere Bindungen keine Rolle spielten. Entsprechende Abzeichen und Kennzeichen waren deshalb auf den Märschen auch verboten. Die große Rolle der individualistischen Quäker bei der Gründung scheint dies zu bestätigen.

Obwohl der erste Marsch von moralischen Erwägungen dominiert wurde, entwickelten sich die folgenden Märsche immer mehr zum Sammelpunkt derjenigen, die sich mit der Haltung der SPD immer weniger identifizieren konnten und die besonders die harte Haltung der SPD gegenüber dem SDS und die Ausschlussverfahren gegen verschiedene Förderer und Unterstützer ablehnten. Anders als die britischen Ostermärsche wurden die deutschen Proteste so sehr schnell zum Schmelztiegel einer bundesdeutschen Neuen Linken. ⁶² Anders als die SPD wollten viele Teilnehmer ein Ende der Ideologien nicht auf die bundesdeutsche Gesellschaft übertragen sehen, sondern auf die internationalen Beziehungen. Sie argumentierten, dass in einer Zeit, in der von Atomwaffen lebensbedrohende Gefahren ausgingen, Fragen der politischen Ideologie keine Rolle spielen dürften und dass man stattdessen der prag-

61 Vgl. z.B. die Flugblätter in BAK ZSg.1 262/1 und in der Sammlung Christel Küpper, Institut für Zeitgeschichte München, ED702/3.

62 Vgl. dazu den Beitrag Frank Deppes in: S. Lönnendonker (Hg.): Linksintellektueller Aufbruch zwischen „Kulturrevolution“ und „kultureller Zerstörung“. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) in der Nachkriegsgeschichte (1946–1969). Dokumentation eines Symposiums, Opladen-Wiesbaden 1998, S. 67–73.

matischen und rationalen Lösung internationaler Konflikte mehr Aufmerksamkeit schenken sollte. Obwohl sie nicht wie ihre englischen Freunde den Austritt aus der NATO befürworteten, traten sie auf nahezu allen Märschen für die Schaffung einer atomwaffenfreien und militärisch verdünnten Zone in Mitteleuropa ein.⁶³

Die pazifistischen Prägungen der Ostermarschierer, welche anfangs dominierten, wurden schon sehr bald von Traditionslinien links-sozialdemokratischer und sozialistischer Provenienz überlagert. Ein Grund dafür ist die große Bedeutung lokaler und regionaler Gewerkschaftsverbände, vor allem der entsprechenden Jugendorganisationen, die sich mit dem reformistischen Kurs der Partei seit Godesberg und des DGB seit Düsseldorf nicht identifizieren konnten. Für jene aus der SPD ausgeschlossenen oder die mit der Linie der Partei Unzufriedenen war der Pazifismus besonders attraktiv: Er stellte ein Traditionsangebot zur Verfügung, welches jenseits des Koordinatensystems des Kalten Krieges lag, gleichzeitig aber aufgrund der ideologischen Aufladung des Begriffes ‚Frieden‘ besonders in der Bundesrepublik eine große politische Bedeutung hatte. ‚Frieden‘ galt der Bundesregierung und der SPD-Zentrale als östlicher Propagandabegriff, mit dem die Sowjetunion versuchte, die im Westen garantierte ‚Freiheit‘ zu unterwandern.

Die ab 1962 aktiveren Mitglieder der Ostermarsch-Leitung wie Klaus Vack, Andreas Buro und Arno Klönne stehen stellvertretend für jene, welche die Ostermärsche zunehmend prägten und sie für eine jüngere Generation öffneten. Sie gehörten der Generation an, die Mitte der zwanziger bis Anfang der dreißiger Jahre geboren worden war. Sie hatten das Ende des nationalsozialistischen Regimes noch miterlebt, viele hatten noch als Flakhelfer gedient. Sie führten ihr Engagement auf die Erfahrung des Nationalsozialismus zurück und äußerten den Wunsch, durch ihren „Widerstand“, wie sie es nannten, ähnliche Entwicklungen in der Bundesrepublik zu verhindern. Es bestätigt sich hier also die These von Dirk Moses, dass die ‚45er‘ und nicht die ‚68er‘ eine entscheidende Rolle bei der Liberalisierung der politischen Kultur der Bundesrepublik spielten⁶⁴, und es zeigt sich die zentrale Rolle, welche die Erfahrung des Nationalsozialismus für die Geschichte der Bundesrepublik hatte – eine Erfahrung, die Großbritannien nicht machte und die sicher zu einem großen Teil erklärt, warum dort gerade die Generation, die in Deutschland führend war, im Vergleich zu den wesentlich Jüngeren und den wesentlich Älteren so schwach ausgeprägt war. Gerade der Mangel einer demokratisch verfassten Zivilgesellschaft vor 1945 scheint es also möglich gemacht zu haben, dass in der Bundesrepublik mit den Ostermärschen eine Bewegung entstand, die dem Idealtyp der ‚neuen‘ sozialen Bewegung wesentlich mehr entsprach als die britische CND.

Auffallend an der generationellen Prägung von Buro, Klönne und Vack ist ferner, dass sie alle aus dem Umfeld der Jugendbewegung kamen bzw. in der Jugendpflege aktiv waren. Klönne aus der katholischen, aber dennoch bündisch geprägten Jugend⁶⁵, Vack aus der Na-

63 Vgl. BAK ZSg. 1–262/1. Für den allgemeinen Zusammenhang vgl. Gallus.

64 Vgl. Moses.

65 Vgl. Arno Klönne/Jürgen Reulecke: „Restgeschichte“ und „neue Romantik“. Ein Gespräch über Bündische Jugend in der Nachkriegszeit, in: F. W. Kersting (Hg.): Jugend vor einer Welt in Trümmern. Erfahrungen und Verhältnisse der Jugend zwischen Hitler- und Nachkriegsdeutschland, Weinheim/München 1998. Vgl. auch Heiner Halberstadt: Protest gegen Remilitarisierung, „Kampf dem Atomtod“ und Ostermarschbewegung in Westdeutschland, in: U. Herrmann (Hg.): Protestierende Jugend.

turfreunde- und Gewerkschaftsjugend. Andreas Buro war Anfang der sechziger Jahre Jugendpfleger in Kassel. Sie hatten also noch nicht den Wandel zu einer autonomen Jugendkultur mitgemacht, der sich zu Beginn der sechziger Jahre in der Bundesrepublik anzubahnen begann.⁶⁶

Auch für die kirchlichen Kreise um Martin Niemöller oder den Dortmunder Kirchenpräsidenten Heinz Kloppenburg spielte die Erfahrung des Nationalsozialismus und die Bonhoeffersche und Barthsche Tradition einer Bekennenden Kirche eine nicht zu überschätzende Rolle. Interessanterweise begann auch diese Gruppe gesamtgesellschaftlich an Einfluss zu verlieren, als sie in den Protesten gegen Atomwaffen in Erscheinung trat. Gerade aufgrund der Auseinandersetzungen um die atomare Bewaffnung in der evangelischen Kirche und im protestantischen Milieu verlor diese Gruppe mehr und mehr an Bedeutung.⁶⁷

Ebenso entscheidend war die nationalsozialistische Erfahrung für diejenigen Studenten, die aus dem „Gespräche-Kreis“ zu den Protesten gegen die Atomwaffen stießen. Teile kamen aus dem protestantisch-nationalkonservativen Bürgertum, andere waren über die Hannoverische Schülervvertretung oder den Internationalen Jugendgemeinschaftsdienst, der vom niedersächsischen Bildungspolitiker Hans Alfken zu Beginn der fünfziger Jahre gegründet worden war, in den „Gespräche-Kreis“ geraten. Viele von ihnen waren HJ-Mitglieder gewesen und waren, ganz anders als die anderen Gruppen, in ihren Einstellungen sehr stark von den alliierten Bemühungen zur *Re-education* beeinflusst worden. Sie sammelten in den fünfziger Jahren Auslandserfahrungen in den Vereinigten Staaten und sollten später die studentischen Proteste gegen Atomwaffen an verschiedenen Hochschulen bestimmen.⁶⁸

In Großbritannien blieben gerade jene Gruppen besonders schwach ausgeprägt, welche wie die bundesdeutschen Ostermärsche schon auf die Protestbewegungen der späten sechziger Jahre und die neuen sozialen Bewegungen der siebziger und achtziger Jahre verwiesen. Im Herbst 1960 spaltete sich eine Gruppe um den Philosophen Bertrand Russell und seine Hilfskraft Ralph Schoenman im *Committee of 100* ab, weil sie mit dem Fortgang der Kampagne nicht zufrieden waren. Zusammen mit dem neu zum Leben erwachten *Direct Action Committee* befürworteten sie Aktionen des zivilen Ungehorsams, die sie aus der Auseinandersetzung mit Gandhis Kampagne für die indische Unabhängigkeit gewannen. Die Kampagne selbst lehnte diese Methoden ab, musste sich aber anpassen, indem sie ihre Ziele radikalisierte (etwa durch die Forderung des Austritts aus der NATO) und auch strukturell die Mitglieder stärker in den Entscheidungsfindung einband und die Dominanz der Exekutive verringerte.

Jugend und politischer Protest in der deutschen Nachkriegsgeschichte, Weinheim/München 2002, S. 313–327.

66 Vgl. dazu Axel Schildt: Von der Not der Jugend zur Teenager-Kultur: Aufwachsen in den 50er Jahren, in: Schildt/Sywottek (Hg.): S. 335–348 und Detlef Siegfried: Vom Teenager zur Pop-Revolution. Politisierungstendenzen in der westdeutschen Jugendkultur 1959 bis 1969, in: Schildt u.a. (Hg.): Dynamische Zeiten, S. 582–623.

67 Vgl. dazu Martin Greschat: Protestantismus und Evangelische Kirche in den sechziger Jahren, in: Schildt u.a. (Hg.): Dynamische Zeiten, S. 544–581, S. 548 ff.

68 Z.B. Ansgar Skriver, Werner Gessler und Raimar Lenz in Tübingen und Berlin. Vgl. dazu Friedhelm Boll: Von der Hitler-Jugend zur Kampagne „Kampf dem Atomtod“. Zur politischen Sozialisation einer niedersächsischen Schüler- und Studentengruppe, in: Herrmann (Hg.), S. 357–385.

Mitglieder

Der besondere Charakter der bundesdeutschen Proteste zeigt sich auch, wenn man einen Blick auf die gesamte Bewegung wirft. Diese Ebene ist mit den zur Verfügung stehenden Quellen wesentlich schwieriger zu fassen. Allgemein gesprochen: Die für die Exekutive festgestellten Befunde bestätigen sich auch für diese Ebene in beiden Ländern, müssen aber erweitert werden. Die Proteste in der Bundesrepublik waren wesentlich weniger repräsentativ für die gesamte Gesellschaft als die britischen Proteste: Besonders Katholiken waren in den bundesdeutschen Protesten unterrepräsentiert. Eine große Rolle spielten zunächst die Protesttraditionen aus der Arbeiterbewegung im Allgemeinen und der sozialdemokratischen Partei im Besonderen. Unter dem Dach der eher traditionellen Organisationen in beiden Ländern versammelten sich Gruppen vornehmlich jüngerer Leute ab etwa 20, deren Ideen und Lebensstil als typisch für die späteren sechziger Jahre angesehen werden können. Soziologische Studien für beide Länder zeigen, dass die jüngeren Leute, die sich den Bewegungen anschlossen, besser ausgebildet waren als ein durchschnittliches Mitglied ihrer Altersgruppe.⁶⁹ Diese Gruppen waren immer weniger dazu bereit, sich an die von oben verordnete Disziplin zu halten. Sowohl in Großbritannien als auch in der Bundesrepublik brachten diese Jugendlichen ihre Musikinstrumente zum Marsch mit und spielten, selbst wenn das von oben verboten worden war. Dies gab den Märschen nach und nach einen anderen Charakter.

In beiden Ländern spielten Arbeiter keine bedeutende Rolle, obwohl Mitglieder der Labour Party und der SPD sowie der Gewerkschaften und insbesondere Organisationen wie die Naturfreunde und Gewerkschaftsjugendverbände sich rege an den Märschen beteiligten. Es nahmen mehr Männer als Frauen an den Märschen teil, wobei das Ungleichgewicht in Großbritannien geringer war als in der Bundesrepublik. Gewürzt mit englischem Humor bezeichnete der Journalist Alan Brien die Marschierer in der *Daily Mail* als „die Art von Leuten, die sich an Ostern ein Beethoven-Konzert im Radio anhören, sich mit ihren Nachbarn trockenen Sherry eingießen und Picasso-Motive auf hartgekochte Eier malen.“⁷⁰ In Großbritannien wurde diese starke Repräsentierung der Mittelklasse als Erfolg gedeutet, da sie der Bewegung Respektabilität verlieh.⁷¹ So bemerkte der CND *Newsletter* im Januar 1959 über eine Veranstaltung: „Dies war keine Versammlung von Exzentrikern, die sich am Rande des Wahnsinns aufhielten. Diese Sache ist schon lange aus ihrer Bart-und-Dufflecoat-Phase herausgewachsen. Die solide bürgerliche Menge hier hätte eine Versammlung von Aktionären sein können – und das war sie auch: sie machte ihre Geschäfte in dem, was Aktienhändler *Futures* nennen würden.“⁷²

Diese Aussage trifft auch auf die Proteste in der Bundesrepublik Anfang der sechziger Jahre zu, wenn auch mit feinen, aber wichtigen Unterschieden. Es ist überraschend, dass der intellektuelle Protest gegen Atomwaffen viel weniger die öffentliche Meinung repräsentierte als

69 Vgl. Parkin, S. 167 und 171f. .

70 *Daily Mail*, 8. April 1958.

71 Vgl. z.B. *Daily Express*, 31. März 1959.

72 CND *Newsletter*, Januar 1959, S. 1.

in Großbritannien.⁷³ Meinungsumfragen verschiedener Institute belegen, dass Adenauers Politik der Atomrüstung am wenigsten unter gebildeten Schichten auf Ablehnung stieß (etwa 60% gegen Atombewaffnung), wohingegen die Ablehnung unter Arbeitern und Frauen besonders ausgeprägt war (zwischen 80 und 90%).⁷⁴ Diese Meinungsumfragen stehen damit in einem direkten Gegensatz zum Erscheinungsbild der Proteste in der Öffentlichkeit. Hier dominierten gebildete Schichten, und die Arbeiterschaft, und hier nur die Arbeiterelite, fand indirekt über die Jugendorganisationen der Gewerkschaften Zugang. Studenten waren auf den Märschen in der Bundesrepublik weit prominenter als in Großbritannien, nicht zuletzt weil es in der Bundesrepublik sowohl absolut als auch relativ mehr Studenten gab als in Großbritannien. Deshalb gab es in der Bundesrepublik, anders als in Großbritannien, eine recht direkte Verbindung zwischen den Ostermärschen der frühen sechziger Jahre und den Studentenprotesten 1967/68.

Proteste und Sozialdemokratie

Die unterschiedlichen Protesttraditionen zeigen sich auch bei einem Blick auf das Verhältnis zwischen den sozialdemokratischen Parteien und den Protestbewegungen ab 1960. Während die SPD sich in Praxis und Rhetorik aufs schärfste von den Ostermärschen abgrenzte, blieb die Abgrenzung in Großbritannien auf die verbale Ebene beschränkt. Viele führende SPD-Politiker sahen in den Ostermärschen einen Coup der DDR und der Sowjetunion mit dem Ziel, die Bundesrepublik zu schwächen. Die Ostermärsche wurden deshalb innerhalb der bundesdeutschen politischen Kultur zu einem Teil jener verbotenen Zone links von der SPD. Angesichts der Erfahrungen der SPD mit der KPD in den Auseinandersetzungen der zwanziger und frühen dreißiger Jahre⁷⁵ und angesichts der Informationen, welche die SPD über kommunistische Aktivitäten in den Märschen hatte, war die Besorgnis nicht unbegründet.⁷⁶ Doch zeigt sich in ihr die Fehleinschätzung einer Bewegung, die letztlich an die radikal-pazifistischen und linkssozialistischen Traditionen der Naturfreunde und der Falken aus

73 Vgl. dazu George H. Gallup (Hg.): *The Gallup International Public Opinion Polls. Great Britain 1937–1975, Vol. One: 1937–1964*, New York 1976.

74 Vgl. Institut für Demoskopie Allensbach: *Die Atomrüstung*, Bundesarchiv Koblenz [BAK] B145/4229, Nr. 291. Dies wird von EMNID bestätigt: EMNID-Institut für Meinungsforschung, *Die Resonanz der Bundestagsdebatte zur Außenpolitik und Atombewaffnung (März 1958)*, BAK B145/4266. Vgl. dazu auch Michael Geyer: *Cold War Angst. The Case of West-German Opposition to Rearmament and Nuclear Weapons*, in H. Schissler (Hg.): *The Miracle Years. A Cultural History of Germany 1949–1968*, Princeton/N.J./Oxford, 2001, S. 376–408.

75 Vgl. dazu Heinrich August Winkler: *Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933*, Bonn 21990, S. 399 ff.

76 Für die *Kampagne ‚Kampf dem Atomtod‘* vgl. AdSD 2/PVAM000003, SPD-Parteivorstand, Sekretariat Walter Menzel, Arbeitsgemeinschaft Kampf dem Atomtod, Ordner Gelsenkirchener Kreis (Prof. Walter Hagemann). Ebenso den Brief von Alexander Maaß an Walter Köpp, 25. April 1962, AdSD, 2/PVAM000017. Für die Diskussionen im Parteivorstand vgl. Protokolle des PV, 9.–10. Januar 1961, S. 8–9 und des Präsidiums, 20. Februar 1961, S. 837–838, AdSD. Für Versuche der Unterwanderung vgl. die Protokolle des Politbüros der KPD (West), Sammlung Archiv Partei und Massenorganisationen im Bundesarchiv [SAPMO-BAarch], BY1 2383, 2389, 2478, 2692.

den zwanziger Jahren anknüpfte und auch für kommunistische Gruppen Anknüpfungspunkte bot, die im Kontext des Kalten Krieges nun aber eine völlig neue Bedeutung erhalten hatte und sich der organisatorischen Unterordnung innerhalb der sozialdemokratischen Partei widersetzte. Durch den Zerfall der traditionellen Milieus in der bundesdeutschen Gesellschaft war die pragmatische Zusammenarbeit, auch mit kommunistischen Gruppen, für jene, die sich in der Ostermarschbewegung beteiligten, nun möglich geworden.⁷⁷

Die Labour Party hatte ebenfalls Probleme mit den Zielen der *Campaign for Nuclear Disarmament*, aber die Gegensätze waren weniger stark. Während sich die Partei auf jene Ziele zubewegte, welche CND 1958 formuliert hatte, war die Linie der Kampagne für nukleare Abrüstung immer radikaler gegen Großbritanniens Mitgliedschaft im westlichen Verteidigungsbündnis gerichtet.⁷⁸ Dennoch war die Kampagne zwischen 1958 und 1963 nie ein größeres Thema in den Diskussionen des *National Executive Committee* der Partei – und das, obwohl ihre Größe und Medienwirksamkeit beachtlich war. Dies hatte vor allem damit zu tun, dass eine kommunistische Bedrohung in Großbritannien nicht als so gefährlich wahrgenommen wurde wie in der Bundesrepublik. Großbritannien befand sich, anders als die Bundesrepublik, nicht in direktem Wettbewerb mit der DDR als legitimer deutscher Staat. Zudem hatte die Kommunistische Partei Großbritanniens in den zwanziger Jahren nie die Größe und Bedeutung der deutschen KPD erreicht, selbst später, als sie während des Zweiten Weltkrieges verstärkt neue Mitglieder und Wähler anziehen konnte. Die Gewerkschaften, welche die kommunistische Partei noch zu Ende der fünfziger Jahre kontrolliert (wie zum Beispiel die *Electrical Engineers*) wählten ihre kommunistisch orientierten Vorstände während dieser Zeit ab.⁷⁹

Anders als in der Bundesrepublik waren die Beziehungen zwischen CND und Labour Party von Anbeginn konfliktreich gewesen, war doch die britische Kampagne gegründet worden, um die Linie der Labour Party in der Rüstungspolitik zu beeinflussen. Es gab nie offizielle Verbindungen zwischen Labour und der Kampagne. Kooperation gab es nur auf lokaler Ebene, wenn örtliche Abgeordnete CND in ihren Wahlkreisen organisierten. Aber diese örtliche Kooperation war in keiner Weise typisch für die Gesamtbewegung. Bestimmend war vielmehr der Wunsch vieler Abgeordneter und Gewerkschaftsführer wie Frank Cousins von der Transportarbeitergewerkschaft, gegen Gaitskells Führungsstil und seine allgemeine revisionistische Linie zu protestieren.⁸⁰ Die enge Abstimmung für eine unilaterale Verteidigungspolitik auf der Parteikonferenz von Scarborough 1960 gegen den Vorschlag der Führung erscheint so als symbolischer Protest gegen Gaitskells Pläne, den berüchtigten *Clause IV* des Parteistatuts abzuschaffen, welcher die Nationalisierung wichtiger Industrien forderte. Dieses Votum wurde jedoch schon im nächsten Jahr revidiert, nachdem Gaitskell entsprechende Zugeständnisse an die Gewerkschaften gemacht hatte und sich auch sonst mehr um

77 Vgl. dazu Till Kössler: Arbeiter, Kader, Bundesbürger. Kommunisten in Westdeutschland zwischen Weimarer Tradition, SED-Anspruch und lokaler Integration, 1945–1968, Phil. Diss. Universität Bochum 2002.

78 Vgl. Groom, S. 435.

79 Vgl. Keith Laybourn/Dylan Murphy: *Under the Red Flag. A History of Communism in Britain*, c. 1849–1991, Stroud 1999, S. xv.

80 Vgl. Parkin.

Unterstützung in der Partei bemüht hatte. Mit der Ernennung des als links geltenden Harold Wilson zum Parteiführer nach Gaitskells Tod 1963 hatte damit CND für einen nicht unbedeutlichen Teil seiner Mitglieder zumindest einen Teil seiner Daseinsberechtigung eingebüßt, so dass CND unter den Bedingungen der Entspannung der internationalen Beziehungen den größten Teil seiner Mitglieder verlor.⁸¹ Die Reintegration der Mehrheit der CND-Anhänger in die Labour-Partei ist ein weiterer Beleg für den Charakter der Kampagne als ‚progressive coalition‘, die sich im Großen und Ganzen innerhalb der britischen Sozialdemokratie bewegte. Die geringeren Auswirkungen des Kalten Krieges auf die politische Kultur in Großbritannien erklären, warum CND trotz verschiedener Kommunismuskwürfe nicht wie die bundesdeutschen Ostermärsche in eine verbotene Zone der politischen Kultur hineingedrängt wurde. In Großbritannien hatte es über den gesamten Zeitraum hinweg eine größere Toleranz gegenüber abweichenden Meinungen gegeben.

Während sowohl die SPD als auch die Organisatoren der Ostermärsche jene Gruppen schwächen wollten, welche nicht mit den grundlegenden Zielen und Methoden der Proteste und Märsche übereinstimmten, war die Haltung von CND im Großen und Ganzen wesentlich entspannter. Obwohl das CND Exekutivkomitee und das *National Council* sich sorgten, dass die oftmals nicht gesetzeskonformen Proteste vom *Direct Action Committee* und später das *Committee of 100* dem Ruf der Kampagne schaden könnten, brachen sie die Kontakte nicht völlig ab. In den Gremien wurden verschiedene Resolutionen verabschiedet, welche darauf zielten, das *Committee of 100* grundsätzlich zu unterstützen, aber eine direkte Kooperation zu vermeiden. Die Zustimmung zum *Committee of 100* durch einzelne CND Mitglieder, so hob die Resolution ausdrücklich hervor, sei Gewissenssache des Einzelnen und bleibe so voll und ganz ihm überlassen.⁸²

Protestformen

Bisher stand vor allem die Art und Weise, wie die Organisation der Proteste die unterschiedlichen Erfahrungen des Beginns der langen sechziger Jahre in Großbritannien und in der Bundesrepublik spiegelten, im Mittelpunkt der Analyse. Aber wie stand es um die Protestformen? Brachten sie neue Elemente in die politische Kultur der Länder ein? Die historische Analyse der Protestformen bringt einige Probleme mit sich. Man ist auf die Darstellung der Proteste in den Medien angewiesen. Diese griffen aber meistens besonders spektakuläre Elemente der Proteste heraus und ordneten sie in die Debatten über non-konformistisches Verhalten von Jugendlichen ein, die für den Ablauf der Proteste nicht notwendigerweise repräsentativ waren.⁸³

Über den gesamten hier untersuchten Zeitraum wurde innerhalb der Bewegungen über die Protestformen verhandelt. Ziel der Organisatoren in beiden Ländern war es, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, die Öffentlichkeit zu bilden und sie vor den Gefahren von Atomwaffen zu warnen, nicht aber die jeweilige Regierung zu provozieren.

81 Vgl. Groom, S. 455.

82 Vgl. R. Taylor, S. 190–202.

83 Dies bestätigten verschiedene Interviews mit Zeitzeugen.

Auch in den Protestformen zeigen sich die unterschiedlichen Prägungen der Proteste. CND war ungleich mehr auf Legalität bedacht, während die Ostermarschierer ab 1960 die aus den Protesten gegen den Wehrdienst in der frühen Bundesrepublik schon erprobten Formen zivilen Widerstands rezipierten, wenn sie diese auch noch nicht einsetzten. Zwar setzte auch das britische *Committee of 100* schon zu Beginn der sechziger Jahre auf gewaltfreien Widerstand, war aber ungleich weniger repräsentativ für die gesamte Bewegung als die bundesdeutschen Ostermärsche. Die Protestform des gewaltfreien Widerstands kam zum einen über Gruppen radikaler Pazifisten und Antimilitaristen in die Bundesrepublik, welche entsprechende Traditionen aus der Weimarer Republik wieder zu beleben suchten. Zum anderen wurden sie durch die transnationalen Netzwerke jener Gruppen, vor allem in der *War Resisters International* (WRI) stabilisiert. Pazifisten und sozialistische oder links-sozialdemokratische Antimilitaristen kamen auf den Workshops und Konferenzen zusammen und diskutierten gewaltfreie Protestformen. Diese wurden allerdings erst ab Mitte der sechziger Jahre in der Bundesrepublik eingesetzt, da den Gruppen aus der Jugendbewegung und den Vorfeldorganisationen der Sozialdemokratie das Verständnis fehlte.⁸⁴ Diese Gandhi-Rezeption, die schon zu Beginn der fünfziger Jahre einsetzte, ging also dem Import von entsprechenden Protestformen aus der Bürgerrechtsbewegung der Vereinigten Staaten voraus, ja schuf für die Rezeption dieser Protestformen erst die Voraussetzungen.⁸⁵

Die bundesdeutschen Ostermärsche orientierten sich zwar in der Theorie stärker als ihre britischen Freunde an Aktionen des gewaltlosen Widerstands, griffen aber in der Praxis erst später, ab etwa Mitte der sechziger Jahre, auf neuere aus den Vereinigten Staaten importierte Protestformen wie ‚teach-ins‘ und ‚sit-ins‘ zurück, obwohl es Vorformen schon gegeben hatte.⁸⁶ Bis dahin waren selbst jene Ostermarschierer, die sich für eine bunte musikalische Umrahmung der Märsche einsetzten, stolz auf ihre Disziplin, würdevoll Regen, Sturm und Schnee zu trotzen.

Allgemein gesprochen hing die Wahl der Protestformen in beiden Ländern davon ab, auf welche Traditionen sie sich berufen konnten. In Großbritannien ähnelten die Proteste zunächst der Methode der gesellschaftlichen Planung und Erziehung, wie sie schon die Fabians um Sidney und Beatrice Webb um die Jahrhundertwende propagiert hatten, nicht so sehr den direkten Aktionen der Chartisten im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts. Im Vordergrund stand die ‚Erziehung‘ und ‚Bildung‘ der Öffentlichkeit. Fast jedes CND Flugblatt äußert sich

84 Vgl. Holger Nehring: Toward a social history of transnational relations: The British and West German protests against nuclear weapons, 1957–1964, in: J. Gienow-Hecht/F. Schumacher (Hg.): *New Perspectives in Culture and International History*, Oxford-New York 2004, i.V.

85 Wolfgang Kraushaar betont dagegen den Import des zivilen Ungehorsams aus den Vereinigten Staaten. Vgl. Wolfgang Kraushaar: Die transatlantische Protestkultur. Der zivile Ungehorsam als amerikanisches Exempel und als bundesdeutsche Adaption, in: ders.: *1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur*, Hamburg 2000, S. 53–80.

86 Vgl. für die Berliner Falken: Michael Schmidt: Der Kampf um die Wiederaufrüstung und Atombewaffnung in den 50er Jahren. Die Aktivitäten des Berliner Landesverbandes der „Falken“, in: Herrmann (Hg.): S. 329–353.

bedauernd über die „verbreitete Ignoranz der Bevölkerung“.⁸⁷ Die Einschätzung des mit dem CND sympathisierenden Bischofs von Manchester, der „informierte gemeine Mann“ sei die Grundlage für die Unterstützung der Kampagne, steht für die Haltung der gesamten Exekutive.⁸⁸ Ähnlich typisch ist die Haltung von Lord Simon of Wythenshawe bei einer Abstimmung im Oberhaus. Nachdem Simon einen Antrag zur unilateralen nuklearen Abrüstung im Februar 1959 zurückgezogen hatte, schrieb er einen Brief an eine Bekannte, in dem er diesen Rückzug erklärte. Er habe nur eine gute Diskussion anregen wollen, habe sich aber zu keiner Zeit der Illusion hingegeben, mit dem Antrag auch Erfolg haben zu können. Sein Hauptziel sei gewesen, das Establishment „in dieser Angelegenheit rationaler zu machen.“⁸⁹

1958 gab es rege Diskussionen darüber, ob CND sich überhaupt zusammen mit dem *Direct Action Committee* am ersten Ostermarsch beteiligen sollte – dies mutet fast ironisch an, wenn man bedenkt, dass die Ostermärsche von Aldermaston nach London später zum Markenzeichen des CND wurden, zeigt aber die Betonung legalistischer Strategien zumindest innerhalb der CND Exekutive, welche aber durch die Mitgliedschaft, darauf lassen die Diskussionen in den entsprechenden Zeitungen schließen, unterstützt wurde. So stellte die Exekutive der britischen Kampagne mehrmals fest, dass CND „eine nationale Kampagne zur Organisation von Treffen und Produktion von Literatur, und für alle solche Aktionen sei, die geeignet erscheinen, diese Ziele zu verwirklichen – die Überzeugung der britischen Bevölkerung, die Produktion und den Besitz nuklearer Waffen unilateral zu widerrufen.“⁹⁰ Weder in Stil noch in Inhalt scheint dieser Satz in einer Protestbewegung zu Beginn der sechziger Jahre verfasst worden zu sein. Insbesondere lehnte die CND Exekutive jeglichen zivilen Ungehorsam ab und belegte Gruppen, die diese Taktik verfolgten, mit Begriffen wie „undurchsichtig“ oder „gefährlich“ – Bezeichnungen also, die im deutschen Zusammenhang vor allem für kommunistische Gruppierungen verwendet wurden.

Ebenso wandte sich die CND Exekutive vehement gegen Vorschläge, eigene CND Kandidaten in Nachwahlen aufzustellen. Denn CND sollte ein Interessenverband bleiben, nicht zur Partei werden.⁹¹ Gleichmaßen lehnte die Exekutive Vorschläge des Cambridge University CND und des *Direct Action Committee* ab, Wähler anzuhalten, Parlamentswahlen zu boykottieren oder die Abstimmungszettel ungültig zu machen, wenn es im Wahlkreis keinen unilateralen Parlamentskandidaten gab. Sie fürchteten, dass dies einen nicht statthaften Eingriff in die parlamentarische Demokratie bedeuten würde.⁹²

Ziel war es, die Bevölkerung zu überzeugen. Als der Präsident des Manchester CND, Lord Simon, einflussreiche Persönlichkeiten für, wie er in seinem Tagebuch festhielt, „mehr als 50 Lunches“ traf, ähnelte die Atmosphäre wahrscheinlich mehr der eines Londoner Gentlemen's Club. „Alle Treffen“, so schrieb Lord Simon, „begannen mit Räucherlachs und

87 Notes for the House of Lords Motion, 22. Januar 1959, Manchester Archives and Local Studies, M 11 8/1.

88 ‚Bishop of Manchester and the H-Bomb. Remedy for Fear: Faith‘, in: Peace News, 14. Juni, 1957, 2.

89 Schreiben an Dorothea Kelt, 17. Februar 1959, Manchester Archives and Local Studies, M 11 8/3.

90 National CND, Protokolle des National Executive Committee, 6. Mai 1958, MRC, MSS. 181.

91 Vgl. die Debatte über den Charakter von CND als „campaign“ oder „society“ in: Bulletin of North-West CND, ‚What next?‘, November 1959, Manchester Archives and Local Studies, M11 8/9A.

92 Vgl. z.B. den CND Newsletter, September 1958.

Sherry, und alle endeten in Gesprächen, wie man sie sich freundlicher nicht vorstellen kann. Eine sehr effektive Möglichkeit, etwas Geld auszugeben.“⁹³

Die britischen Ostermärsche verfolgten also nicht das Ziel, das öffentliche Leben zu stören oder es sogar zum Stillstand zu bringen. Vielmehr ging es ihnen um die Revitalisierung der britischen Zivilgesellschaft. So stellte die Jahreskonferenz des CND 1959 fest, „dass die Märsche ohne Zwischenrufe und mit Schweigeperioden durchzuführen [seien], um die Würde und Einheit des Marsches zu erhalten und böartige Missverständnisse zu vermeiden.“⁹⁴ Als das griechische Königspaar 1962 London besuchte und das *Committee of 100* Aktionen zivilen Ungehorsams plante, um gegen die Ermordung eines prominenten Mitglieds der griechischen Friedensbewegung zu protestieren, begnügte sich CND damit, einen „würdevollen Schweigemarsch in Erinnerung an Dr. Lambrakis abzuhalten“.⁹⁵

Diese Betonung auf Erziehung und Überzeugung blieb auch dann bestehen, ja gewann noch an Bedeutung hinzu, als die Unterstützung für die Kampagne Anfang 1963 nachzulassen begann. So fasste die Jahreskonferenz Mitte 1961 den Beschluss, dass die „Kampagne mehr Zeit darauf verwenden sollte, ihre Position mit rationalen Argumenten deutlich zu machen als in Demonstrationen.“⁹⁶ Und das *Executive Sub-Committee* der Kampagne empfahl im Januar 1963 erneut, dass auf den Märschen weniger „gebrüllt“ werden sollte.⁹⁷ Als ebenfalls 1963 sogenannte *Campaign Caravans* im ganzen Land eingesetzt wurden, um die öffentliche Meinung zu erkunden, lasen sich die Anweisungen für die örtlichen Organisatoren eher wie sozialplanerische Manifeste als Anweisungen, wie man sie in einer sozialen Bewegung erwarten würde. So bestand ihr Ziel in Welwyn Garden City im Sommer 1963 darin, „kontrollierte Experimente neuer Methoden und Techniken“ der Meinungsbeeinflussung durchzuführen.⁹⁸ Obwohl besonders die pazifistischen Kreise dies ablehnten, wurde das öffentliche Erscheinungsbild der Märsche zunehmend von einer Folkmusik- und Jazzkultur geprägt, die besonders im englischen Norden und in Schottland regional verankert war, aber sehr bald auch transatlantische Dimensionen annahm.⁹⁹

Obwohl entsprechende Traditionslinien vom nationalsozialistischen Regime gekappt worden waren, war auch in der Bundesrepublik Folkmusik seit 1961 fester Teil der Märsche geworden, besonders jener im Ruhrgebiet, in Hessen und Süddeutschland, weniger derjenigen im Norden Deutschlands.¹⁰⁰ In jenen Regionen brachten die Naturfreundejugend, die gewerkschaftlichen Jugendorganisationen und die Angehörigen der bündischen Jugend ihr

93 Vgl. Nuclear Diary, Bl. 2, Manchester Archives and Local Studies, M 11 8/2.

94 Vgl. CND Newsletter, März 1960, S. 3.

95 Vgl. CND October Notes 1963, S. 3.

96 CND National Executive Committee Minutes, 28. Mai 1961, 3, MRC, MSS.181.

97 CND National Executive Committee Minutes, 12. Januar 1963, 2. Vgl. auch ebd., 7./8. Dezember 1963, 2, MRC, MSS. 181.

98 Campaign Caravan Workshops, The Welwyn Workshop. Brochure, Sommer 1963, MRC, MSS.181/4.

99 Vgl. dazu allgemein: A. L. Lloyd: Folk Song in England, London 1967; Georgina Boyes: The imagined village. Culture, ideology and the English folk revival, Manchester 1993; David Prynne: The Woodcraft Folk and the Labour Movement 1925–70, in: Journal of Contemporary History, 18 (1983), S. 79–95; sowie jetzt auch Lawrence Black: The Political Culture of the Left in Affluent Britain, 1951–1964. Old Labour, new Britain?, Basingstoke 2003, S. 78 ff.

100 Vgl. hierzu Klönne/Reulecke.

Liedgut und ihre Musikinstrumente ein. Nicht die in der Populärkultur dominierende Beatmusik war bestimmend. Vielmehr erschienen die Demonstrationen als „linker, klampfender Wandervogel“.¹⁰¹ Die Kooperation von bürgerlichen Kreisen und Gruppen aus der Arbeiterbewegung scheint gerade deshalb möglich gewesen zu sein, weil sie durch diese alten Traditionen eine gemeinsame Sprache finden konnten. Die bürgerliche und arbeiterbewegte Jugend-, Freizeit- und Lebensreformbewegungen hatten sich weniger durch die unterschiedliche Praxis unterschieden, sondern eher durch die unterschiedliche ideologische Aufladung dieser Praxis.¹⁰² Die aus der bündischen Jugend hervorgegangene Zeitschrift *pläne*, von Arno Klönne Ende der fünfziger Jahre wiederbelebt, wurde zu so etwas wie dem offiziellen Organ der deutschen Ostermärsche, mit einem eigenen Schallplattenverlag. Obwohl die britische Gesellschaft weit weniger zerklüftet gewesen war als die deutsche, gab es diese gemeinsame Sprache in der britischen Bewegung nicht, so dass es hier nicht zu einem gruppenübergreifenden Konsens über Protestformen kommen konnte.¹⁰³ Im Norden der Bundesrepublik dagegen, wo die jugendbewegten Traditionen nur eine geringe Rolle spielten, war dann das Erscheinungsbild der Märsche auch wesentlich ernster. Sie ähnelten eher Prozessionen als Protestmärschen. Es ging hier weniger um das Gemeinschaftserlebnis, sondern darum, Regen, Schnee, Sturm und Wind zu trotzen. Im Norden war denn auch jegliche Musik auf den Märschen verboten, um den würdevollen Eindruck nicht zu zerstören.

Wiewohl die jugendbewegten Gruppen zahlenmäßig nicht dominierten, bestimmten sie doch das Erscheinungsbild der bundesdeutschen Märsche ganz wesentlich. Sie trugen dazu bei, dass die Märsche gesamtgesellschaftlich anschlussfähig waren. Über diesen nun klassen- und milieuübergreifend erfahrbaren Lebensstil¹⁰⁴ konnten größere gesellschaftliche Gruppen angesprochen werden.

Hier wird auch deutlich, warum die Ostermärsche für die Tarnorganisationen der seit 1956 verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands so attraktiv waren: Sie konnten sich mit den Wurzeln dieser Kultur durchaus identifizieren, waren doch das kommunistische und sozialdemokratische Milieu der zwanziger Jahre besonders durch die verschiedenen Freizeitorganisationen der Arbeiterbewegung miteinander verbunden gewesen.¹⁰⁵ Die Frage nach der kommunistischen Unterwanderung der bundesdeutschen Proteste gegen Atomwaf-

101 So der Mannheimer Morgen, 16. Juni 1967. Vgl. dazu allgemein Otto: Vom Ostermarsch zur APO, S. 140 ff. Vgl. dazu auch die kurze Passage in Siegfried, S. 610f.

102 Vgl. dazu Ulrich Linse: Lebensformen der bürgerlichen und der proletarischen Jugendbewegung. Die Aufbrüche der Jugend und die Krise der Erwachsenenwelt, in: Jahrbuch des Archivs der Deutschen Jugendbewegung, 10 (1978), S. 24–58.

103 Boy Scoutismus spielte für die britischen Märsche eine eher untergeordnete Rolle. Vgl. für den historischen Hintergrund Paul Wilkinson: English youth movements 1908–30, in: Journal of Contemporary History, 4 (1969), S. 3–23 und vergleichend Frank Trentmann: Civilization and its Discontents: English Neo-Romanticism and the Transformation of Anti-Modernism in Twentieth-Century Western Culture, in: Journal of Contemporary History, 29 (1994), S. 583–625.

104 Vgl. zu diesem Konzept Thomas Meyer: Das Konzept der Lebensstile in der Sozialstrukturforschung – eine kritische Bilanz, in: Soziale Welt, 52 (2001), S. 255–272.

105 Viola Denecke: Der Touristenverein „Die Naturfreunde“, in: F. Walter u.a.: Sozialistische Gesundheits- und Lebensreformverbände (= Solidargemeinschaft und Milieu: Sozialistische Kultur- und Freizeitorganisationen in der Weimarer Republik, Bd. 2), Bonn 1991, S. 241–291.

fen muss deshalb weniger aus der Perspektive von Geheimdiensten, sondern vielmehr aus sozialgeschichtlicher Perspektive in den Blick genommen werden. Entsprechend waren die DDR-Behörden auch nie besonders glücklich über den Einsatz der Genossen im Westen: In fast allen Lageberichten kritisierten DDR-Funktionäre, dass es den Genossen an Bewusstsein für den Klassencharakter der bundesdeutschen Gesellschaft und für die führende Rolle der DDR als Friedensstaat und als Vorreiter im internationalen Klassenkampf mangle.¹⁰⁶ In Großbritannien fanden die kommunistischen Kreise dagegen erst ab 1959/60 zur Bewegung. Mit der Labour-Linken geteilte Traditionsbestände einer sozialistischen Jugend-, Freizeit- und Kulturbewegung gab es hier nicht. Das hing zum einen mit einer mangelnden gemeinsamen Geschichte in Vorfeldorganisationen zusammen. Andererseits hatte sich die britische Kommunistische Partei spätestens seit ihrer sowjet-treuen Haltung im Zusammenhang mit Khruschchows Geheimrede und der Niederschlagung des Ungarn-Aufstands 1956 in den Augen der meisten unabhängigen Linken diskreditiert.¹⁰⁷ In der Bundesrepublik dagegen galt die KPD seit dem Verbot 1956 geradezu als Opfer einer an den Erfordernissen des Kalten Krieges ausgerichteten Politik der Regierung Adenauer.

Auch das Ziel der SPD-Kampagne war es gewesen, die öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu erziehen. Dazu hatte sich aber das vielleicht sogar wichtigere Anliegen gesellt, einen direkten Einfluss auf den politischen Entscheidungsfindungsprozess auszuüben. So förderte die SPD neben den Protestmärschen und Mahnwachen Plebiszite auf Länder- und Gemeindeebene, um die Entscheidungen des Bundestages zu überstimmen. Nachdem das Bundesverfassungsgericht, dem Antrag der Bundesregierung folgend, diese Bemühungen als verfassungswidrig eingestuft hatte, verlor die bundesdeutsche Kampagne deutlich an Schärfe und war nun sehr abhängig von kleineren örtlichen Aktionen. Die letzte wirkliche Aktion der *Kampagne ‚Kampf dem Atomtod‘* war eine relativ erfolglose Aktion mit dem Ziel, über Petitionen an den Bundestag zu erreichen, dass sich die Bundesregierung für die Verabschiedung einer Rot-Kreuz-Konvention gegen Atomwaffen einsetze.

Modernisierung im alten Gewande

In beiden Ländern waren die Formen der Protestbewegungen gegen Atomwaffen also eng an Traditionen angelehnt, die mehr mit der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts verbunden waren als mit den siebziger Jahren. Allerdings verwiesen die lose verfassten bundesdeutschen Ostermärsche schon auf die sozialen Bewegungen der siebziger Jahre, während CND als das letzte Aufblühen einer ‚progressive coalition‘ des englischen Bürgertums anzusehen ist. Aufgrund der spezifischen Attraktivität des von den Märschen scheinbar ausgehenden Lebensstils und des Gruppenerlebnisses konnten sich jedoch Gruppen aus jüngeren Generationskohorten zunehmend an den Märschen und anderen Protesten beteiligen. Dabei ist der entscheidende Unter-

106 Die sprachliche Fassung war damit sehr ähnlich jenen Dokumenten, die sich mit dem ‚Eigen-Sinn‘ der Arbeiter in der DDR beschäftigten. Vgl. z.B.: Streng vertraulicher Bericht über den Ostermarsch der Atomwaffengegner 1962 in Westdeutschland, 2. Mai 1962, SAPMO-BArch, DY30-IV 2-10.02-224, Bl. 298. Vgl. auch Kössler.

107 Parkin, S. 77-87.

schied, dass die in der Bundesrepublik für die Organisation der Ostermärsche sehr bedeutende Generation der ‚45er‘ der Mitte bis Ende der zwanziger Jahren Geborenen in Großbritannien deutlich unterrepräsentiert war. Das lag wohl daran, dass für diese Kohorte dort keine Motivation bestand, sich außerhalb des Parlaments in die Politik einzumischen: Die direkte Erfahrung des nationalsozialistischen Regimes fehlte. Statt dessen engagierten sich in Großbritannien zunächst vor allem jene Angehörigen einer älteren Generation, die schon ihr Leben lang an außerparlamentarischen Aktionen mitgearbeitet hatten. Jüngere Gruppen stießen erst relativ spät hinzu. Eine eigene Ostermarschkultur entwickelte sich in Großbritannien nur zögerlich und spät und blieb im Vergleich mit der Bundesrepublik schwächer ausgeprägt.

In der Bundesrepublik hingegen wurden die Proteste zunächst von jenen Gruppen getragen, die sich schon bald nach 1945 über eine ‚Restauration‘ alter Zustände sorgten – wie die Angehörigen der *Gruppe 47* oder die Verbände aus dem Bereich der Arbeiterbewegung wie die *Naturfreunde* oder die *Falken*. Erst unter den gewandelten gesellschaftlichen Bedingungen der späten fünfziger und frühen sechziger Jahre konnten sie sich im öffentlichen Raum Gehör verschaffen und auch über ihren eigenen Kreis hinaus Anhänger gewinnen.¹⁰⁸ So geschah die Annäherung bürgerlicher Kreise und Teilen der Arbeiterbewegung, von einigen Linkskatholiken und bestimmten Kreisen aus der protestantischen Kirche zunächst über die Kampagne der SPD und die Aktionen der *Falken* sowie der *Naturfreunde*. Diese Annäherung zwischen den Konfessionen sowie zwischen Organisationen der Arbeiterbewegung und Bürgertum zeigte die Erosion bestehender sozialer Lager an: sie waren zwar nie in der deutschen Geschichte so stark gewesen, wie es einige Milieustudien glauben machen wollen, da es je nach Region und Religion Anknüpfungspunkte zwischen den Milieus gegeben hatte¹⁰⁹, hatten aber doch die deutsche Gesellschaft wesentlich stärker geprägt als andere westeuropäische Gesellschaften. Auch lagen die bundesdeutschen Ostermärsche viel stärker als ihre britischen Pendanten in der verbotenen Zone der politischen Kultur links von der SPD. Sie wurden zum Schmelztiegel einer Neuen Linken, die hier zum ersten Mal das akademische und studentische Milieu des *Sozialistischen Deutschen Studentenbundes* und der *Förderergesellschaft* verlassen konnte. Der Stellenwert dieses Wandels in der deutschen Geschichte ist somit wesentlich größer als in der britischen, welche die Zerklüftung der Gesellschaft in verschiedene nach Konfession, Weltanschauung und Klasse gegliederte Milieus so nicht kannte.

Der Prozess der Modernisierung und des gesellschaftlichen Strukturwandels, so legt es die Analyse der Proteste gegen die Atomwaffen nahe, war somit wesentlich komplexer, als es sozialwissenschaftliche und historische Annahmen über einen geradlinig verlaufenden gesellschaftlichen Strukturwandel und Modernisierungsprozess nahe legen. Sowohl in Großbritannien als auch in der Bundesrepublik erfolgte die Modernisierung sozialer Strukturen in der Praxis somit im Großen und Ganzen in einem alten Gewande. Den politischen Traditionen sollte deshalb auch bei der Analyse der Protestbewegungen der späteren sechziger Jahre größere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

108 Eine Ausnahme stellt der „Gespräche-Kreis“ dar. Vgl. dazu Boll: Von der Hitler-Jugend.

109 Vgl. dazu Mooser: Arbeiterleben, Kap. III sowie zur Bedeutung von Milieus Klaus Tenfelde: Historische Milieus – Erblichkeit und Konkurrenz, in: M. Hettling/P. Nolte (Hg.): Nation und Gesellschaft in Deutschland. Historische Essays, München 1996, S. 247–268.

